

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Reich' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 16. September 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Politik der Partei. Debatte auf dem Parteitag.

F. Kl. Heidelberg, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Während der Parteitag über den Vorstandsbericht debattiert und dabei die noch immer vorhandenen gegensätzlichen Auffassungen in voller Ausführlichkeit und in voller Deffenlichkeit erörtert hatte, ist die am ersten Tage eingesehene Programmkommission in Dauerleistungen dabei, den Entwurf der ersten Kommission den vorliegenden Anträgen entsprechend umzugestalten.

Aus dem Schlusswort des Genossen Stellung ging die überraschende Tatsache hervor, daß wenigstens in Frankfurt schon wieder die Unstille eingerissen ist, nach Richtung den Parteitag zu wählen und daß für diesen Zweck sogar Flugzettel für die eine oder die andere Gruppe verbreitet worden sind.

Genau 5 Uhr waren die Schlussworte beendet und man schritt zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Im allgemeinen beschloß der Parteitag im Sinne des Vorschlages der Referenten und des Parteivorstandes. Eine Reihe von Anträgen, die sich mit den Beamtenfragen, insbesondere mit dem gewerkschaftlichen Streit innerhalb der parteigenösslichen Beamtenschaft befassen, wurde als durch den Beschluß des Reichsbeamtenrates für erledigt erklärt.

Namensliche Abstimmung wird beantragt über einen Antrag sächsischer Genossen, der den vom Parteivorstand geforderten Beitrag von dem Umsatz der Parteigeschäfte ersetzen will durch eine Abgabe vom Reingewinn. Die namensliche Abstimmung ergab eine Vierfünftelmehrheit für den Antrag des Parteivorstandes.

Der Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion wurde auf Mittwoch früh verlegt.

Nach Scheidemann, dessen Rede wir im Abendblatt wiedergegeben haben, sprach

Heilmann-Berlin: Dem Bild, das Scheidemann entworfen hat, will ich nur einen Zug hinzufügen: In der Strafanstalt Lichteuburg verbüßt der bekannte Scheidemann-Antenatler Huster seine Justizstrafe. Der Direktor dieser Anstalt, ein Herr Nicola, hat sich dahin geäußert, er sehe in Huster keinen Verbrecher; der einzige Vorwurf, den er ihm machen könne, sei, daß es ihm nicht gelungen sei, Scheidemann zu töten. (Beifall.) Nachdem der Anstaltsgeistliche diese Äußerung in einem Disziplinärprozeß bezugt hatte, ist bereits ein Jahr vergangen, ohne daß man gegen diesen Strafanstaltsdirektor eingeschritten ist. (Verbaltes Hört! Hört!) Bei der Kritik der Taktik der Partei im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl ist übersehen worden, daß das Zentrum Zug um Zug mit unserem Eintreten für Brau in Preußen für Braun eintrat. Künstler meinte zwar, das Zusammengehen mit dem Zentrum habe sich als unmöglich erwiesen. Aber er lebt doch in Preußen und muß zugeben: Unmöglich kann nichts sein, was Tatsache ist. Gewiß ist das Zusammengehen mit dem Zentrum in Preußen keine reine Freude; aber trotzdem denkt auch Künstler nicht daran, die Positionen Brauns und Severings aufzugeben. (Sehr gut!) Die Frankfurter Genossen, die sich über Unkameradschaftlichkeit beklagen, mühten sich eigentlich an ihre eigene Brust schlagen. Solche Anträge wie im vorigen Jahre der auf Ausschluß Eberts und der diesmalige brauchen sie nicht abzumähen. Aber wir hatten die Pflicht, die proletarischen Genossen, die solche Anträge stellten, darüber aufzuklären, daß das unkameradschaftlich und nicht parteigenösslich sei. (Sehr gut!) Die Frankfurter Genossen, die nun Kameradschaftlichkeit sprechen, dürfen dann auch nicht gleichzeitig von einer Linken in der Partei sprechen. Niemand hat Euch das Recht auf eine Richtung in der Partei gegeben und

eine Richtung, die sich als dauernde Gruppe konsolidiert, wird eine Vorstufe der Spaltung.

(Sehr wahr!) Und wo war die Kameradschaftlichkeit bei der Behandlung der Barmat-Affäre, insbesondere in der sächsischen Parteipresse? Die sächsischen Genossen haben ganz übersehen, daß noch niemals in Deutschland ein schamloser Justizmißbrauch vorgekommen ist als der Ebert-Prozeß und die Affäre Barmat-Höfke, daß das Material in diesen Fällen in einer Weise gesammelt und aufgemacht war, die alle Vorbilder des Reichstagenverbandes bei weitem übertrafen. (Sehr wahr!) Sehen Genossen im Kreuzfeuer solcher Verleumdungen, dann müht Ihr Solidarität üben, müht sagen: Was den Genossen vorgeworfen wird, müssen die Prüfungsausschüsse der Partei untersuchen; aber so lange den Parteigenossen Ehrenrühriges nicht nachgewiesen ist, stellen wir uns schweigend vor sie. So haben wir seinerzeit, als Genosse Laeb in Thüringen Gegenstand gemeiner Verleumdungen war, in der Parteipresse die Pflicht der Solidarität erkannt und gehalten. Ihr, Genossen, müht sie noch lernen! — Wir ehren und achten die glühenden Herzen der Jugend, die um das Problem des Sozialismus und der sozialistischen Lebensgestaltung ringen; aber wir verachten die Kritiker aus seltem Entschluß zur Opposition, wir verachten die schamhaften Demagogen. (Verbaltes Beifall.)

Niedmüller-Böln: Der Stand der Parteioorganisation befriedigt nicht, aber wir müssen dabei die Nachwirkungen der Inflation und der Besetzung großer Gebiete berücksichtigen. Die Partei steht innerlich viel kräftiger da als vor dem Kriege. Wir hätten die vielen Wahlkämpfe der letzten Jahre sonst gar nicht bestehen können. Wir müssen die Massen draußen aufklären, daß

die Partei heute eine ganz andere

sein muß als früher, daß sie ganz andere Aufgaben hat, nicht nur infolge der Revolution, sondern überhaupt infolge ihrer wachsenden Stärke. Wir müssen verhindern, daß man in der Republik noch gegen die Sozialdemokratie regieren kann. Dazu brauchen wir die Koalitionspolitik wie in Preußen und Baden. Um die Partei auch finanziell zu stärken, bitte ich, es dabei zu belassen, daß 2,5 Proz. des Umsatzes der Parteigeschäfte an die Parteikasse fließen. Die Wertbeständigkeit sollten wir durch Herabsetzung des Eintrittsgeldes erleichtern.

Thurm-Berlin bekräftigt einen Antrag Berlin, monach der Parteivorstand bei der Aufstellung der Reichs- und Landeslisten gegen den Willen der Bezirksorganisationen keine Entscheidung treffen darf. Das ist einfach ein Gebot der Demokratie. Ein weiterer Antrag verlangt so rechtzeitige Veröffentlichung dieser Listen, daß die Bezirksorganisationen noch Gelegenheit zum Einspruch haben. Das liegt auch im Interesse des Parteivorstandes.

Mäder-Altenburg tritt für einen Antrag ein, Parteigenossen mit Ausnahme der Betriebsräte jedes private Wirken in Vorständen und Aufsichtsräten kapitalistischer Unternehmungen zu verbieten. Auch die geschäftliche Presseerregung der Tatsache nicht zu vernachlässigen, daß Heilmann und andere sehr schlecht dastehen. Wie war es überhaupt möglich, daß der Führer der preussischen Landtagsfraktion noch so viel Zeit übrig hatte, aus Freundlichkeit für Barmat in einem Duzend Aufsichtsratsstellen zu sitzen? — Den kulturpolitischen Fragen müssen wir viel größere Aufmerksamkeit und Aktivität zuwenden, sonst überrennt das kommende Reichsgesetz alle unsere Ideale auf diesem Gebiete. (Beifall.)

Anna Flegler-Leipzig: 'Die Genossin' ist ein gutes, wenn auch noch ausbaufähiges Informationsorgan für Vertrauenspersonen, und auch die 'Frauenwelt' misfallen mir durchaus nicht. Sie dient insbesondere als Anknüpfungspunkt zur Verdrängung der bürgerlichen Modeblätter. (Heiterkeit.) Im übrigen ist sie mehr für indifferente Frauen bestimmt, aber nicht ausreichend für aufgeklärte Genossinnen. Was wir brauchen, ist ein allgemeines Kultur-, Bildungs- und Agitationsorgan für sozialistische Frauen. — Die Rednerin tritt weiter dafür ein, daß die Frauen eine größere Vertretung im Parteivorstand erhalten. (Verbaltes Beifall.)

Mäder-Leipzig: Der Geschäftsbericht hat Sachen und andere Bezirke wenig befriedigt, weil er rein chronologisch an der Oberfläche haften bleibt und die tiefen Zusammenhänge der politischen Konstellation mit dem neuen Zusammenschluß des Kapitals vollkommen übersehen. Es ist unbegründlich, wie angesichts des durchbaren Klassenkampfes der Bourgeoisie Scheidemann unseren Klassenkampf als alle Kamellen bezeichnen kann. (Stürmischer Widerspruch.) Gerade dadurch, daß wir die Machinationen der Bourgeoisie immer wieder aufdecken, führen wir Klassenkampf, der nach wie vor, der alles bewegende Faktor ist. Wir betreiben auch

nicht die Opposition um der Opposition willen oder zur Partispaltung.

Könnte Heilmann den Fall Loeb mit dem Fall Barmat vergleichen? Loeb war nicht nur als Sozialdemokrat und Jude, sondern auch als Direktor der Thüringischen Staatsbank dem Bürgerum reichlich unangenehm. Wir üben nicht Kritik an einzelnen Personen, aber es läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß prominente Parteigenossen in Beziehungen zu Barmat gestanden haben (Zuruf: Du lieferst den Gegnern Material). Nein, ich helfe nur, für die Reinlichkeit in der Partei sorgen, die notwendig ist, damit wir eine proletarische Klassenpartei bleiben. Ihr schämt die Imponderabilitäten im Parteileben nicht richtig ein (Zuruf: Redensarten!). Gerade diese Zurückweisungen mir, daß wir auf dem richtigen Wege sind

(Beifall.) Wir wollen die Partei sauber halten und müssen den Massen Rechenschaft geben, wenn wir vom Parteitag zurückkommen. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß ein Sozialdemokrat Aufsichtsratsposten in kapitalistischen Betrieben nicht bekleiden darf. Aber Heilmann gehört heute noch drei Barmat-Aufsichtsräten an (Hört! Hört!). Soll von dem Verbot der Aufsichtsräte eine Ausnahme gemacht werden, dann verlangen wir, daß die Fraktionen das ausdrücklich beschließen.

Frau Scheibenhuber-Berlin: Die Gleichberechtigung der Frau, die wir im Antrag 36 verlangen, ist schon in der Reichsverfassung vorgezeichnet. Aber in der Partei leben wir Frauen immer noch unter einer Art Ausnahmezustand. Kein Mann wird danach gefragt, wie seine Familie zur politischen Tätigkeit steht. Aber bei der Frau fragt man danach. Der neueste Rückschritt in der Berufsausbildung der Frau als Beamtin.

die Entlohnung weiblicher verheirateter Beamtinnen droht den Kampf der Geschlechter um die Arbeitsstelle herauszubekommen, bei dem die Frau als Konkurrentin des Mannes ihre Arbeitskraft billiger verkauft.

Diesen Gefahren müssen wir entgegenretten. Im Interesse der Parteibewegung müssen auch die Trinksitten in der Partei eingeschränkt werden. Dadurch werden viele Frauen zurückgehalten, und der geringe Arbeitsverdienst wird noch mehr bedrückt. Auch im Kampf gegen den Alkohol müssen wir die Jugend unterstützen. Wir verlangen endlich die Wiedereröffnung des internationalen Frauensangs, der namentlich in Österreich gute Erfolge gehabt hat. (Beifall.)

Reil-Bremen: Unter den Statistiken des Parteivorstandes fehlt eine Altersstatistik. Die Altersklassen von 20 bis 35 Jahren sind in der Partei erschöpfend zurückgegangen. Wir haben eine ganz andere Alterszusammensetzung als in der Vorkriegszeit. Das ist zurückzuführen auf die allgemeine politische Linie der Partei und auf das Vergehen der Werkkraft bei der Jugend. Ein Antrag Bremen mißbilligt die Art der Vorbereitung der Präsidentschaft. Obwohl wir wissen, daß namentlich auch Ebert den republikanischen Sammelmandat empfohlen hat und daß eine knappe Mehrheit des Parteiausschusses ihn schon für den ersten Wahlgang wollte, halten wir dieses Vorgehen für falsch. Welche Kreise der Parteigenossen haben sich nur widerwillig der Parole gefügt. Vor allem aber bedauern wir das diktatorische Vorgehen in dieser Frage. In Frankreich und Belgien wird bei so wichtigen Entscheidungen die Mitgliedschaft befragt. Die Reichspräsidentenwahl war nicht nur eine eminent politische Frage, sondern auch eine Frage der Organisation und der Parteidemokratie. Wir haben uns teilen lassen von dem Gedanken der weiteren Konsolidierung der Republik. Wir hätten statt dessen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung fester konsolidieren müssen. Ein sozialdemokratischer Kandidat im zweiten Wahlgang hätte die kommunistische Partei zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt.

Wenn wir 10 Millionen sozialdemokratischer Wähler haben, ist die Republik besser geschützt als durch alle Verabredungen.

Wir verlangen Parteidemokratie und Konsolidierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Widmann-Offenbach: Wir wünschen, daß die besondere Beitragsmarkte für die Internationale fällt. Den Beitrag für die Internationale kann die Zentralkasse tragen. Statt dessen möchten wir einen besonderen Kulturbetrag zur großzügigen Führung der Bildungsarbeit. Gegenüber Adolf Hoffmann nur ein: Wir haben in Hessen seit 1918 die kleine Koalition mit Zentrum und Demokraten und unsere Erfahrungen damit zwingen uns, auch im Reich eine Politik zu wünschen, die das Zentrum nicht weiter nach rechts drängt. In Hessen haben wir, trotz der Koalition mit dem Zentrum, das beste Volksgesetz und das beste Lehrerbildungsgesetz im Reich. Man kann also die Taktik nicht nach einem Berliner Schema beurteilen. (Beifall.)

Nach Verlesung eines Begrüßungstelegramms der norwegischen Partei tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittags Sitzung spricht zunächst

Hermann Müller-Franken:

Broschius verwies auf Anträge, die verlangen, daß sozialdemokratische Beamte einer freien Gewerkschaft beitreten müssen. Mich wird niemand im Verdacht haben, daß ich etwas gegen den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund hätte, aber Tatsache ist, daß viele Kommunal- und Reichsbeamte heute noch in anderen Verbänden sind, und wir sollten hier eine gewisse Toleranz üben und sollten nicht Schranken aufrichten, die in sehr vielen Parteiorganisationen zu dauernden Streitigkeiten führen könnten. (Sehr wahr!) Ein Antrag Ripinski will das Organisationsstatut dahin ändern, daß in Fällen, wo ein Auschlussverfahren gegen Mitglieder eingeleitet ist, die sich in ihren Handlungen auf Einwirkungen des Parteivorstandes stützen, der Vorsitzende des Schiedsgerichtes nicht vom Parteivorstand, sondern von der Kontrollkommission ernannt wird. Darin sehe ich ein indirektes Misstrauenspotum gegen den Parteivorstand, und ich möchte den Vorsitzenden, um den es sich handelt, auch gegen die Unterstellung verwahren, daß eine Handlung des Parteivorstandes hätte maßgebend sein können für das Schiedsgericht, dem er zu präsidieren die Ehre gehabt hat. — Jetzt ein paar Worte an meine lieben Frankfurter: Ich bin der Letzte, der gegen Frankfurt eingenommen wäre. Ich selbst bin vor 33 Jahren in

Frankfurt in die sozialistische Bewegung gekommen. Als ich den Antrag Frankfurt las, daß der Parteivorstand die Führung mit den Massen nicht mehr habe, sagte ich mir mit Wut: „bedrückt mich nicht“ (Heiterkeit), und die anderen Kollegen im Parteivorstand waren wohl derselben Auffassung. Von kameradschaftlichem Gefühl gegenüber der Gesamtpartei zeigen solche Anträge nicht. (Sehr wahr!) Erfreulicherweise hat sich keiner der Frankfurter Vertreter materiell den Inhalt dieses Antrages zu eigen gemacht. Wenn sie sagen, man könne solche Anträge nicht abwürgen, so bestreite ich das:

Die Qualität des Führers zeigt sich gerade darin, daß er der Wahrheit überall zum Siege zu verhelfen sucht.

(Erboste Zustimmung.) Es hätten doch wenigstens einige in Frankfurt da sein müssen, die sich gegen einen solch unsinnigen und ungerechten Antrag wehrten. (Zuruf: Sie wären aber nicht belegiert worden!) — Heiterkeit.) Bewußt ist die rote Fahne die Fahne unserer Partei und des internationalen Sozialismus. Das einbindet aber in der historischen Situation, in der wir zu kämpfen haben, nicht davon, auch für die schwarzrote Fahne einzutreten gegenüber den monarchistischen Reaktionen. Wir brauchen gerade deshalb ein sozialistisches Programm, das allgemein anerkannt wird, weil heute von der Jugend so viele in die schwarzrote Fahne Bannerbewegung hineinkommen, die wir zu Sozialisten zu erziehen haben. Also das ist kein Gegenstand, sondern durchaus zu vereinbaren. Zur Barmat-Affäre habe ich mich schon in einem früheren Stadium im Reichstag deutlich genug geäußert, und die Fraktion hat alles getan, um Klarheit in der Sache zu schaffen. Wenn man es immer so darstellt, als ob man mit einem Manne wie Barmat überhaupt keine Verbindung hätte unterhalten dürfen, so möchte ich auch vor jedem Forum daran erinnern, daß als zum ersten Male die Führer der deutschen Sozialdemokratie mit Barmat zusammenkamen, Branting, Troelstra und andere Führer der Internationalen in Barmats Amsterdamer Haus verkehrt haben, das er in jener schweren Zeit, als die Internationalen von Brüssel weg mußte, zur Verfügung gestellt hatte. Wenn von der weißen Weste geredet wird, so stelle ich fest, daß die Untersuchung aller in Betracht kommenden Personen, die vernommen wurden, nicht ergeben hat, daß irgendein Fleck auf diese Personen fällt. Im übrigen erinnere ich daran, daß selbst August Bebel sich einmal dagegen verteidigen mußte, in Beziehungen zu einem im gegnerischen Lager stehenden Kapitalisten gestanden zu haben, wegen des Protokolls des Gothaer Parteitag von 1875. Da handelte es sich auch um 20-25 Flaschen Wein, um ein Darlehen. Es wird wohl niemand in der Partei geben, der irgendwelche Vorwürfe gegen Bebel aufrechterhalten wollte. Wenn in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen wird, es müsse das alte Vertrauen wiederhergestellt werden, das früher der Parteivorstand genoss, so kann ich mich, der ich schon 19 Jahre im Parteivorstand saß, daran erinnern, daß auch früher schon, zum Teil auch in Sachsen, von Rosa Luxemburg, Parvus und Zeitin eine Lüge verbreitet wurde, die man nicht immer als Vertrauensvotum für Bebel, Singer, Luer usw. bezeichnen konnte. (Sehr wahr!) Und wir wissen auch, daß man gegen Bebel auf dem Münchener Parteitag wegen seines Eintretens für die deutsch-englische Friedensresolution den Vorwurf der Sensibilität erhob; also

es ist alles schon dagewesen, so daß wir, die wir das miterlebt haben, solche Dinge nicht so tragisch nehmen

wie sie jüngeren Parteigenossen erscheinen mögen. Fleißner behauptete, es würde von uns die Volksgemeinschaft propagiert. Wo ist das in der sozialdemokratischen Presse geschehen? (Sehr gut!) Zur Volksgemeinschaft gehören doch auch die Deutschnationalen. Die richtige Volksgemeinschaft werden wir bekommen, wenn wir nach dem Siege des Sozialismus die klassenlose Gesellschaft haben. In diesem Zusammenhang zur Haltung des Parteivorstandes bei der Reichspräsidentenwahl wenige Sätze: Wir verraten heute kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß nicht nur Robert der Luftschiffbau war, man sollte schon im ersten Wahlgang für einen republikanischen Sammelkandidaten eintreten, sondern auch alle Parteigenossen, die zunächst als Listenkandidaten in Aussicht genommen waren, nicht nur Böbe, sondern auch Otto Braun, der nur sehr gegen seinen eigenen Willen und nur unter der Bedingung, daß er lediglich für den ersten Wahlgang zu kandidieren brauchte, diese Kandidatur damals angenommen hat. Unter den damaligen Verhältnissen konnte man mit Sicherheit annehmen, daß ein Sozialdemokrat nicht Reichspräsident werden würde. Die, die sich so gern auf den Klassenkampf berufen, sollten das zuerst begreifen. Zweitens drehte es sich darum, möglichst einen vorläufigen Republikaner und Demokraten an der Spitze zu setzen. Allerdings haben wir im ersten Wahlgang angenommen, daß die Anhänger Hindenburgs selbst so klug sein würden, den Mann nicht auf diesen Posten zu stellen. Aber wenn wir uns darüber klar

waren, daß ein Sozialdemokrat das Rennen nicht machen würde, was hätte es dann noch für einen Zweck gehabt, für den zweiten Wahlgang die sozialdemokratische Kandidatur aufrechtzuerhalten? Damit hätten wir denselben Fehler gemacht, den wir mit Recht den Kommunisten vorwerfen. (Sehr wahr!) Das tatsächliche Ergebnis hat gezeigt, daß nicht nur kein Sozialdemokrat unter den damaligen Verhältnissen durchzubringen war, sondern auch ein Zentrumsmann nicht. Das kann uns doch aber nicht veranlassen, für die nächste Wahl für ein getrenntes Vergehen aller Parteien einzutreten, sondern es wird sich im Gegenteil darum handeln,

die Kräfte der Republikaner zu konzentrieren.

Eine Reichspräsidentenwahl ist eben etwas anderes als eine Reichstags- oder Landtagswahl. (Sehr richtig!) Was das Beiseitegehen der Sozialisten bedeutet, haben wir auch in Frankreich gesehen, wo dadurch seinerzeit die Wahl Poincarés ermöglicht wurde. Es hätte jedenfalls nichts geschadet, wenn ein anderer Mann in jener Konfliktzeit an der Spitze der französischen Republik gestanden hätte! — Adolf Hoffmann meinte, wir ständen an einem Wendepunkt der Bewegung. Ich warne dringend vor solchen Wendepunkten. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, daß die Partei auf dem zulezt eingeschlagenen Wege noch eine Weile weitergehen müssen. Die deutsche Politik kann nach dem verlorenen Kriege leider nicht nach unseren Gesichtspunkten, aber auch nicht nach deutschnationalen Gesichtspunkten gemacht werden. Wir stehen zwangsläufig unter außerpolitischen Einflüssen, und es ist sehr wohl möglich, daß wir in der nächsten Zeit, ob wir wollen oder nicht, wieder an der Verantwortung teilnehmen müssen. Die sozialdemokratische Partei kann sich unter so komplizierten Verhältnissen getreu den Lehren ihres großen Meisters nur an den Tatsachen orientieren und zu konkreten Fragen im Interesse der Arbeiter Stellung nehmen.

Das ist der beste Klassenkampf: Eintreten für die Arbeiterklasse, Durchdringung des Staates mit Sozialismus.

soviel das unter den heutigen Verhältnissen überhaupt möglich ist, Ausgestaltung der Demokratie im Staate. Wer diesen Parteitag in seiner stolzen Geschlossenheit trotz einzelner Gegenstände sieht, weiß, daß wir in den letzten Jahren auf dem besten Wege gewesen sind. Bleiben wir auf ihm, dann werden wir auch zum Ziele kommen. (Lebhafte Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: In derselben Nummer des Heidelberger Parteiblattes, die den ersten Bericht des Parteitag enthält, stand ein Artikel über die Krise der Republik, in dem ausgeführt war, die Sozialdemokratie sei im Kabinett Stresemann gut genug gewesen, das Ausraubentum und den Währungsverfall zu liquidieren und nachher den Volkshochschuldebatten des mit den Deutschnationalen verbundenen Zentrums zu unterliegen. Das sei die Ursache der Niederlage gewesen. Dieser Artikel gibt die Gesichtspunkte unserer Kritik richtig wieder. Die Niederlage bei der Reichspräsidentenwahl war nicht verschuldet durch das Vergehen einzelner Genossen, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahre. Das Zentrum hatte nicht mit uns verhandelt, sondern uns einfach diktiert. (Widerpruch.) Wir Sozialdemokraten sollen eben immer nur Opfer für die Republik bringen. Das verstehen viele Kreise der Genossen nicht, und darum gab es keine Begeisterung für Marx, Scheidemann hat ein Bild gemalt, wie reaktionär es in der Republik aussieht. Man könnte das Bild ergänzen durch eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Die Lage der Arbeiterklasse in der schwarzroten Republik ist durchaus nicht so, daß sie zu dieser Republik aus vollem Herzen Ja sagen könnte. (Beifall, Widerspruch und Zurufe.) Wenn Sie nur Neuigkeiten hören wollen, dann dürfen Sie nicht auf den sozialdemokratischen Parteitag gehen. (Geschächter und Zustimmung.) Diese Zustände sind eingetreten, obwohl wir immer Bündnispolitik gemacht haben. Angesichts dieser Tatsache, angesichts der Reichspräsidentenwahl Hindenburgs und der deutschnationalen Reichsregierung müssen wir doch fragen, ob die Bündnispolitik richtig war. Es war ein Fehler, daß wir vor der Reichspräsidentenwahl ausgeschrien haben, das Leben der Republik wäre bei einer Wahl Hindenburgs bedroht. Nach der Wahl hat der „Vorwärts“ geschrieben, die Wahl Hindenburgs sei eine Niederlage der Republik gewesen, aber sein Amtsantritt ihr Sieg. Wir sollten den Massen stets sagen, daß das Schicksal der Republik stets abhängig von ihren Kräften im Proletariat sei. Die Republik lebt nicht durch irgendwelche Bündnisse, sondern durch die Kraft und Stärke der Arbeiterbewegung. Wir sind alle von einem gemeinsamen Willen befeuert, und wir nehmen bei allen Meinungsverschiedenheiten auch für uns in Anspruch, das Beste der Partei und der deutschen Arbeiterklasse zu wollen. (Beifall.)

Frau Wolf-Buchholz bespricht die Kurse für die Heranbildung von Funktionären. Es sei eine der wichtigsten Aufgaben, den jungen

Menschen Klarheit zu geben und sie für die Parteiarbeit zu schulen. Über die Leiter dieser Kurse dürften die

Erziehung zu Achtung und gegenseitigem Vertrauen

nicht außer acht lassen. Wenn in einem dieser Kurse gefagt worden sei, die Alten wollten nicht von ihren Posten weichen und die Partei selbst sei schon ins Greisenalter eingetreten, so müsse das Mißverständnis erzeugen. Dabei könne die Mutter Partei doch noch nicht so greisenhaft sein, wenn sie noch immer die schmutzigen Bindeln aus dieser politischen Kinderstube herauschaffen müsse. (Heiterkeit.) Ebenso unpassend sei es, wenn in diesen Kursen die Frage aufgeworfen würde, ob Juden die Qualifikation zur Führung hätten und der Kursleiter dabei den jungen Leuten sage, eine christliche Frau werde nie so zynisch sein wie Ruth Fischer. Das Führerproblem dürfe in dieser Weise in den Ausbildungskursen nicht erörtert werden. Die Kurse hätten nur dann ihren vollen Wert, wenn in die jungen Herzen wirklicher sozialistischer Geist gepflanzt werde. (Beifall.)

Ein Schlußantrag, von Krüger-Brandenburg begründet, wird mit großer Mehrheit angenommen.

In seinem

Schlußwort

nimmt Stellung (Parteivorstand) zunächst Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Die Anträge auf Schaffung eines Agrarbüros bittet er dem Parteivorstand zu überweisen. Der nächste Parteitag soll die Agrarfrage eingehend erörtern. Ebenfalls dem Parteivorstand überweisen werden sollen die Anträge auf Wiederherausgabe der Parteikorrespondenz und auf Schaffung der nötigen Ausfertigung auch gegenüber Zentrum und Demokraten in der Parteipresse, desgleichen verschiedene Anträge auf verstärkte Beachtung der Elternratswahlen, Schaffung sozialistischer Filme und Schaffung neuer Agitationsmaterials. Der Antrag auf Wiederführung von Wanderkursen soll dem Reichsausschuß für sozialistisches Bildungswesen überwiesen werden. Abzulehnen bittet der Redner die Anträge, die prinzipiell Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Eintritt in überparteiliche republikanische Organisationen verbieten wollen. Sollte wirklich das Reichsbanner aufgelöst werden? Man könne die Taktik nicht durch Beschlüsse des Parteitag festlegen. Man müsse in den gegebenen Situationen doch nach der Notwendigkeit handeln. Anzunehmen sei der Antrag gegen die weitere Erhöhung des Mietzinses. Zur

Frage der Aufsichtsratsposten

bittet Stellung, nur den Antrag von Parteiauschuß und Parteivorstand anzunehmen. Selbstverständlich sei die Genehmigung auch notwendig für schon besetzte Aufsichtsratsposten. Auf der anderen Seite dürfe man nicht vergessen, daß die Gewerkschaften jetzt vielfach Aktien erwerben und dadurch manches erreichen und daß die Arbeiterbank tief ins Wirtschaftleben eindringen will. Die Anträge auf Herbeiführung von Volksentscheiden seien abzulehnen. In der Lichtstundenfrage müsse die Führung dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund überlassen bleiben, den die Partei natürlich mit voller Kraft unterstützen werde. Im übrigen sei bei der Frage des Volksentscheids der Kostenpunkt nicht zu vergessen und die Tatsache, daß ein erfolgreicher Volksentscheid politisch sehr ungünstig wirken könne. Dem Parteivorstand überwiesen werden sollten die Anträge auf vermehrte Agitation gegen die Abtreibungsparagrafen. Der Antrag Bielefeld, daß die Parteigenossen im persönlichen Verkehr vorlässiger sein müßten, sollte abgelehnt werden, ebenso der Antrag Bremen über die Reichspräsidentenwahl. Wüsten der fehlenden bei wichtigen Abstimmungen würden bereits befanntgegeben. Der Antrag München wegen der Ueberorganisation in Sportvereinen usw. sei dem Parteivorstand zu überweisen. Einen Zwang, namentlich für die Beamten, den freien Gewerkschaften anzugehören, könne man jetzt nicht beschließen. In mancher anderen Organisation der Beamten seien unsere Genossen der Sauerkeit und hätten Gutes bewirkt. Selbstverständlich müßten im Rahmen jeder Organisation Kampfsätze die Partei zurückgewiesen werden. Die Anträge auf zwangsweisen Eintritt in die Gewerkschaften für die Beamten seien in Uebereinstimmung mit dem Beamtenrat abzulehnen, ebenso der Antrag auf Abkündigung der Unterschrift von Parteigenossen zur Einladung für die Jahraufentdecker. Der Antrag wegen Schaffung einer kommunistischen Vereinigung bitte er, dem Parteivorstand und der kommunalpolitischen Zentralstelle zu überweisen.

Und nun einige Worte zur Debatte selbst: Es wäre uns allen viel lieber gewesen, wenn wir uns mit so manchen Dingen nicht hätten zu beschäftigen brauchen, aber wir waren dazu gezwungen. Ich habe mich gewundert, daß gleich drei Parteigenossen aus Frankfurt auftraten, um den Parteivorstand in Grund und Boden zu verdammen. Was wir wollten, war dazulegen, daß wir uns bei allen Schritten von dem Gesamtinteresse der Partei leiten lassen.

Der französische Kultusminister in Berlin.

Der französische Kultusminister de Monzie hat gestern vormittag dem preussischen Kultusminister Professor Dr. Becker einen Besuch gemacht und eine etwa einstündige Unterredung mit ihm gehabt, bei der die Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten erörtert wurden. An einem anschließenden Frühstück nahmen neben dem preussischen Ministerpräsidenten Braun, dem französischen Botschafter de Margerie, den Staatssekretären Schubert, Zweigert und Vammers, der frühere preussische Kultusminister Schmidt-Ott, namhafte Vertreter der Wissenschaft und Kunst, wie von Harnack, Geheimrat Wiegand, Geheimrat Professor von Falke, die Professoren Einstei, Bruns und Scheel teil. Herr de Monzie befand sich in Begleitung einiger Herren der französischen Botschaft und der Professoren Brunot, Detan der Sorbonne und Hesnard.

Minister Becker hieß Herrn de Monzie willkommen: Mit Genugtuung begrüße er den Besuch des französischen Unterrichtsministers, da er einen weiteren Schritt in der Reihe seiner Ueberlegungen bedeute, auf eine kulturelle Verständigung der europäischen Völker, insbesondere des französischen und des deutschen, hinzuwirken. Die Wissenschaft sei ihrem Wesen nach international, aber der Mensch, der sie erzeuge, gehöre dem nationalen Boden an, in dem er wurzle und könne sich ohne Schädigung auch seiner geistigen Arbeit von den Bescheiden seines Volkes nicht lösen. Daraus ergäben sich Schwierigkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten, wenn ihre Völker in Konflikte gerieten. Diese Situation habe der Weltkrieg geschaffen. Je stolzer eine Nation sei, desto schwerer trage sie an ihrer Niederlage. Deutschland sehe noch unter dem Abdruck der Besatzung. Daraus ergäben sich Hemmnisse, für die das französische Volk gewiß volles Verständnis besitzen werde. Für die wissenschaftlichen Organisationen komme außerdem in Betracht, daß die Zusammenarbeit der Gelehrten in Assoziationen und auf Kongressen ohne deutsche Schuld nach dem Kriege nicht wieder oder nur vereinzelt aufgenommen worden sei. Vielmehr sei nach dem Kriege eine Sozialbewegung gegen Deutschland eingeleitet worden. Noch im laufenden Jahre seien die bedauerlichen Beschlüsse des Conseil de Recherches gefast worden, deren Wirkung in der deutschen Gelehrtenwelt sehr stark gewesen sei. Um so freudiger begrüße er die vorurteilsfreie Initiative, die Herr de Monzie ergriffen habe, und heiße ihn als Vorkämpfer der geistigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland willkommen.

In seiner Erwiderung wies Herr de Monzie auf die Schwierigkeiten hin, die bis auf die letzten Monate die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den deutschen und französischen gelehrten Gesellschaften und Persönlichkeiten hinausgezögert hätten. Er erinnerte an seine Versuche, eine vorläufige Regelung zu finden, die geeignet wäre, neue Möglichkeiten zu einer aufrichtigen Zusammenarbeit zu schaffen. Er freute sich, daß er durch die Broschüre von Professor Caro die Einwürfe kennen gelernt habe, die einer Annäherungsaktion im Wege ständen. Er zeigte durch eine Reihe von Beispielen, daß die französische Regierung sich lange vor dem Kongreß vom 2. Dezember vorigen Jahres bemüht habe, den Beziehungen zwischen Gelehrten und Universitäten möglichste Objektivität zu sichern.

Der französische Minister wies besonders auf die Notwendigkeit der Teilnahme Deutschlands an der bevorstehenden Einweihung des

Institut Internationale de Confédération Intellectuelle hin, zu der sein heutiger Besuch in Berlin die Brücke schlagen sollte.

Die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet müsse bestehen in dem Austausch von führenden Köpfen der Wissenschaft, in dem Austausch der studentischen Jugend und in wechselseitiger Beteiligung an den Ausstellungen von Kunst und Kunstgewerbe.

Um eine persönliche Ueuerung gebeten, ergriff der Professor Brunot das Wort.

Um eine persönliche Ueuerung gebeten, ergriff der Professor Brunot das Wort. Man könne zwar den Universitäten und wissenschaftlichen Körperchaften ihre Haltung nicht vorschreiben, man dürfe nicht gleich Massenwirkungen erstreben, vielmehr solle man an die Kreise appellieren, in denen der Gedanke an eine wissenschaftliche Zusammenarbeit lebendig geblieben sei. Die Mehrzahl der französischen Gelehrten verbeuge sich vor dem, was die deutsche Wissenschaft zum Fortschritt der Geister beigetragen habe, und vor den Vorzügen der deutschen Rasse, die durch ihre Methode und durch ihren Fleiß auf geistigem Gebiet Großes geleistet habe. Niemals habe er selber vergessen, was er Männern wie Dief, Tobler, Suchler, Meyer-Lübke, allen Meistern der Wissenschaft der romanischen Sprachen, verdanke. Eine solche geistige Schuld müsse jeder ehrlich Denkende anerkennen. Es würde für die Menschheit ein Unglück bedeuten, wenn die beiden größten Kulturvölker nebeneinander arbeiten wollten, ohne sich um eine gegenseitige Ergänzung zu bemühen. Außer der Annäherung von Personen gäbe es aber auch eine Annäherung durch Dinge, die möglich und notwendig sei: den Austausch von Büchern, welche die Verhältnisse unzugänglich gemacht hätten, und die doch die Grundlage für eine gegenseitige Durchdringung bildeten. Als eines der ersten Werke der intellektuellen Zusammenarbeit nannte er die Schaffung einer gemeinsamen Bibliothek, ferner eine fortlaufende Berichterstattung in den Hauptkulturfragen über alle wissenschaftlichen Fortschritte und Entdeckungen. Auf solche Weise würde, erklärte der Detan zum Schluß, ein Werk des guten Willens wieder aufgenommen werden zum gemeinsamen Fortschritt und zur gegenseitigen Achtung.

Ein Ganzmetallluftschiff.

Ueber das neue deutsche, in Sturm und Feuer unzerstörbare Ganzmetallluftschiff teilt der Erfinder Dr. Rathjen folgendes mit:

Der Weg der Technik ging in allen Fällen von organischen Stoffen zu Metallen. Die Luftschifferrinder haben bisher noch kein Metallluftschiff gebaut, so daß dieses neue Luftschiff das erste Ganzmetallluftschiff der Welt sein wird. Die Vorzüge dieses Luftschiffes bestehen darin, daß die einzelnen Ganzzellen, deren Flächen bekanntlich die Urfache des „Ehenandoth“-Unglücks war, wegfallen, und daß die Gastammern, die durch Schotten innerhalb des Metallluftschiffkörpers hergestellt werden, starrte Wände haben. Das Gerüst dieses neuen Luftschiffes — und das ist der zweite Vorteil — kann durch durchgehende Verspannungen versteift werden, was bisher bei den Luftschiffen nicht möglich war. Am wichtigsten ist dabei, daß zum ersten Male Brückenträgerkonstruktionen in einem Luftschiff angewandt werden können. Endlich kommt dazu, daß das Ganzmetallluftschiff keine unverspannten Ringe mehr nötig hat. Alle

diese Umstände bewirken, daß dies neue Luftschiff im selben Sinne ein wirkliches Schiff ist, wie die Schiffe, die das Meer befahren und demgemäß auch allen Stürmen und Strapazen genau so gewachsen ist, wie die Metallschiffe des Meeres. Durch die Verwendung von Metall fällt die Hülle des Luftschiffes weg, die bekanntlich den ungeheuren Nachteil hat, daß sie bei langen Fahrten durch Wasser und Tau ungeheuren Ballast aufnimmt, der das Luftschiff niederdrückt. Bei Sonnenschein trocknet die Hülle wieder, so daß das Luftschiff wieder zu leicht wird und außerordentlich Maßnahmen erforderlich macht. Da der Ganzmetallbau sich billiger stellt, als der Bau von anderen Luftschiffen, und da die Festigkeit dieser Metallluftschiffe von den Größe unabhängig ist, so ist es möglich, Luftschiffe von jeder beliebigen Größe zu bauen. Das erste Luftschiff soll 300 Personen fassen und eine Größe von 300 000 Kubikmetern haben. Die Füllung des Luftschiffes kann mit Gasen aller Art, wie Wasserstoffgas, Helium usw. erfolgen. Das Gas wird durch eine physikalisch-chemische Methode, die das Geheimnis des Erfinders ist, in die Gastammern befördert.

Da dieses Metallluftschiff tatsächlich von den Witterungsverhältnissen unabhängig ist, so eignet es sich natürlich am besten zu all den Expeditionen, die unter Sturm und Wetter leiden. Tatsächlich ist bereits eine deutsche Nordpolexpedition mit diesem Metallluftschiff geplant, die mit Hilfe eines in Bildung befindlichen amerikanischen Komitees ausgeführt werden soll. Sicher ist, daß die Vorteile eines Luftschiffes, das ganz aus Metall besteht, gegenüber den bisherigen Luftschiffen mehrere größere Vorzüge besitzt. So ist zu hoffen, daß der Bau dieses Luftschiffes bald Ereignis wird.

Fünfundzwanzigjähriges Bestehen des Hamburger Schauspielhauses. Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg beging gestern die Feier seines 25jährigen Bestehens. Dieses für das Hamburger Theaterleben bedeutsame Ereignis wurde am Vorabend durch ein Festkonzert eingeleitet. Am geistigen Vormittag fand die offizielle Jubiläumssfeier statt, zu der sich alle eingeladen hatten, die in Kunst und Wissenschaft, aber auch in der Wirtschaft eine führende Rolle spielen. Man sah u. a. Gerhart Hauptmann sowie viele Schauspieler und Schauspielerinnen, die durch irgendwelche Bande mit dem Schauspielhaus verknüpft waren oder es noch sind. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Senator Berenberg-Göskar, begrüßte die Ehrengäste im Namen des Theaters. Für den Hamburger Staat sprach Oberbürgermeister Dr. Petersen, dem Direktor Dr. Eger im Namen der Künstlerchaft dankte, während Direktor Ernst Koehne einen Ueberblick über die Geschichte des Deutschen Schauspielhauses gab.

Hochschulgebühren im Wintersemester. Wie der Amalthea Franzische Pressebericht mitteilt, wird die Höhe der Gebühren an den Universitäten und Technischen Hochschulen im Wintersemester unverändert bleiben. Auch die Möglichkeit, die Gebühren in zwei Raten zu zahlen, besteht weiter. Bedingt und bezogte Studenten können von der ganzen oder der halben Gebühr befreit werden.

Im Deutschen Theater geht heute (Mittwoch), 16. September, infolge Erkrankung von Elisabeth Bergner nicht „Die belline Johanna“, sondern „Dr. Knod“ mit Eugen Klöpfer in der Titelrolle in Szene.

Auf jeden Fall sollte, nachdem wir uns einmal die Meinung gesagt hatten, nicht in der verästelten Weise geschrieben werden, wie die Frankfurter „Vollstimme“ es getan hat. Dieser Artikel kann nur zur Verklärung der Gegenseite beitragen und richtet sich damit selbst. (Sehr gut!) Ich frage die Frankfurter, ob das auch ein lokales Vorgehen war, wenn in Frankfurt Zettel verteilt wurden, auf denen es heißt: „Parteilosen! Vergeßt nicht, Euer Wahlrecht auszuüben! Wählt Genossen, die eine gradlinige und zielbewusste Politik verfolgen. Das sind Dühmann, Loeb, Staatsbankpräsident a. D. und Wilhelm Drefsel. Alle übrigen sind auf der Liste zu streichen.“ (Zuruf: Das ist von der Partei abgelehnt worden!) Aber es wäre selbstverständlich von Parteigenossen, die kameradschaftlich arbeiten, daß sie es ablehnen, solche Zettel überhaupt anzufertigen und zu verteilen. Laßt uns als Sozialdemokraten gemeinsam arbeiten, sorgt dafür, daß Euer Zuspruchsbezirk ein Bezirk wird, der sich selbst erhalten kann. Man hat gesagt, diese Republik sei nicht unser Ideal. Gewiß, noch keiner von uns hat diese Republik als das letzte Ziel seiner Wünsche angesehen, wohl aber als einen Grundstein für die soziale Republik, der unser Sehnen und Hoffen gilt. Diesen Grundpfeiler müssen wir deshalb mit Zähnen und Klauen verteidigen. In der Frage der Reichspräsidentenwahl kann ich die Ausführungen Müllers nur unterstreichen. Gegenüber Parteigenossen, die an einer kommunistischen Delegation nach Ausland teilnehmen und die in öffentlichen Versammlungen, die von kommunistischen Organisationen einberufen sind, über ihre Eindrücke in Ausland berichten, müßte das Organisationsstatut angewandt werden. Denn diese Leute arbeiten damit bewußt für die Interessen einer der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehenden Partei. (Sehr wahr!) Ich bitte, nach dieser Aussprache alles Trennende zurückzustellen und gemeinsam in treuer Kameradschaft den Kampf gegen unsere Widersacher zu führen, den Kampf um den Sieg der roten Fahne des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Bartels empfiehlt den Antrag, der wünscht, daß wir uns mehr mit den Zielen und der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung befassen, dem Vorstand zu überweisen. Ein weiterer Antrag will Aufnahme einer Altersstatistik. Wir haben nichts dagegen, wenn solche Statistiken in Bezirken aufgenommen werden. In diesem Sinne bitte ich den Antrag zurückzuziehen. Dem Antrag, der den Parteivorstand ersucht, tausend zusammengestelltes Material für die Funktionäre herauszugeben, werden wir versuchen Rechnung zu tragen und bitten, ihn dem Vorstand zu überweisen. Zur Ablehnung empfehlen wir den Antrag auf Herausgabe einer neuen sozialistischen Frauenzeitung, sowie den Antrag auf Neuherausgabe der „Neuen Zeit“. Die Anträge über die Reichs- und Landeslisten richten sich an eine falsche Adresse. Das war bisher Sache des Parteiaussschusses gemeinsam mit dem Vorstand. Im übrigen können solche Listen in der Regel erst im letzten Augenblick aufgestellt werden, wenn die Arbeiten in allen Bezirken erledigt sind. Diese beiden Anträge wären also abzulehnen. Die Anträge auf Abhaltung eines Frauentages zur Demonstration für die Interessen der wertvollen Frau empfehlen wir dem Parteivorstand zu überweisen. Der Antrag, der wünscht, daß unser Organisationsstatut auf demokratischer Grundlage aufzubauen ist, ist gegenstandslos, weil das bereits der Fall ist. Abzulehnen bitten wir auch den Antrag, der den Unterbezirken eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit geben will. Die Unterbezirke sollen in der Hauptsache Agitationsstellen sein, während die finanziellen Geschäfte vom Parteivorstand erledigt werden. Zu der weiter beabsichtigten Änderung des Organisationsstatuts, statt „Ortsvereine“, Ortsgruppe zu sagen, liegt im Augenblick kein Anlaß vor. Ebenso bitten wir die Anträge abzulehnen, die den Bezirks- und Unterbezirksvereinen die Möglichkeit parlamentarischer Betätigung erschweren wollen und auch den Antrag, monach im Parteistatut festgelegt werden soll, daß in Zukunft die Aufstellung des Reichspräsidentenkandidaten nur auf einem Parteitag zu erfolgen hat. Das ist unter Umständen nicht durchführbar. — Eine Veränderung der Höhe des Eintrittsgeldes halten wir nicht für zwingend notwendig. Darüber kann bei einer späteren Umgestaltung des Organisationsstatuts vielleicht geredet werden. Die Herabsetzung des Parteibeitrags auf die Hälfte in Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen würde zu unabwehrbaren Konsequenzen führen. Wo besonders Notstände vorübergehend eine solche Maßnahme rechtfertigen, haben wir nichts dagegen. Abzulehnen bitten wir auch den Antrag, daß ein monatlicher Beitrag von den Bezirken festgesetzt wird, und Anträge die ähnliches wollen, wie z. B. die Festsetzung der Beiträge nach dem Einkommen. Den Antrag des Parteivorstandes in bezug auf den Werbebeitrag der Parteiuftreibungen bitten wir anzunehmen. Würde der Antrag Dühmann angenommen, der 25 Proz. vom Reingewinn erheben will, so müßte der Parteibeitrag wesentlich erhöht werden. Vielleicht sind die Ueberhänge der Parteigeschäfte nur rechnerisch da, und im übrigen denken wir nicht daran, die Parteigeschäfte vom Parteivorstand abhängig zu machen. Ein weiterer Antrag des Parteivorstandes will lediglich im Statut festlegen, was bisher schon der Fall war, daß 10 Pf. pro Marke und Mitglied von dem internationalen Beitrag an die Parteilasse abzuführen sind. Den Antrag, der diesen internationalen Beitrag in die ordentlichen Mitgliederbeiträge einfließen lassen will, bitten wir abzulehnen. Bedenken haben wir dagegen, in das Statut hineinzubringen, daß die Erwerblosen vom Beitrag befreit sein sollen. Im übrigen entspricht das einer alten Uebung. Einige Anträge wollen Wahl der Delegierten zum Parteitag oder zu internationalen Kongressen durch Urwahl. In dem Sinne zu verfahren, steht jedem Bezirk frei, aber wir halten es nicht für am Platze, allgemein ein bestimmtes System hierfür festzulegen. Den Anträgen in bezug auf die

Vermehrung der weiblichen Delegierten im Parteiaussschuß

sind wir bereit, entgegenzukommen, da deren Zahl tatsächlich jetzt sehr gering ist. Wir sind einverstanden damit, daß in Zukunft die Zahl der Mitglieder, die die Voraussetzung für einen Vertreter im Parteiaussschuß ist, bei den weiblichen Mitgliedern von 10.000 auf 7500 herabgesetzt wird. Dabur würden 10 statt bisher 3 weibliche Delegierte in den Parteiaussschuß einziehen. Ein Verbot der Sonderkonferenzen, wie es Zwischau beantragt, ist schon auf früheren Parteitagen mehrfach erfolgt. Die Motivierung dieses Antrages aber müssen wir ablehnen. In Sachen dürfte auf beiden Seiten in dieser Beziehung gekündigt worden sein. (Widerspruch der sächsischen Delegierten.) Einmal regelmäßigen vierteljährlichen Beitrag für Kulturzwecke zentral bindend einzuführen, haben wir Bedenken. Wir haben aber nichts dagegen, wenn einzelne Bezirke oder Orte einen solchen Beitrag erheben. Der Antrag Lipinski will ein kleines Gelegenheitsgesetz machen. Auch ich wolle dieses Mißtrauen gegen den Parteivorstand entschieden zurück und ersuche um Ablehnung dieses Antrages.

Dah wir etwa den Mitgliederrückgang leicht nehmen und seinen Ursachen gleichgültig gegenüberstehen, muß ich entschieden zurückweisen. Aber ich glaube nicht recht an ihn, sondern nehme an, daß die Angaben über die Mitgliederzahl von der Inflationszeit nicht ganz gestimmt haben. Jedenfalls wollen wir alles daran setzen, im nächsten Jahre eine beträchtliche Mitgliederzunahme zu erreichen. (Beifall.)

Ludwig (Parteivorstand) wendet sich gegen den Antrag Leipzig, der den sogenannten Werbebeitrag der Parteigeschäfte ablehnt und den Parteivorstand nur am Reingewinn beteiligen will. Die Parteigeschäfte haben freiwillig den Werbebeitrag eingeführt und 600.000 Mark gezahlt und damit in der schlimmsten Inflationszeit den Parteivorstand erhalten. Nur Leipzig hat sich geweigert und lediglich den statutenmäßigen Anteil am Reingewinn gegeben, rund 12.000 Mark, während die übrigen sächsischen Parteigeschäfte 61.000 Mark abgeführt haben. Davon hat der Parteivorstand seinerseits den Parteigeschäften seit Ende der Inflation 836.000 Mark gegeben. Unsere Parteigeschäfte sollen technisch auf der Höhe sein, aber auch der Partei geben, was sie können. — Ueber

Die Barmat-Affäre

brauchen wir durchaus nicht zu schweigen. Der Prüfungsausschuß hat ein Rundschreiben an alle Redaktionen und Parteisekretariate erlassen, um Anklagematerial gegen die beschuldigten Genossen zu

sammeln. Nicht eine Mitteilung ist eingegangen. (Hört! hört!) Wir haben die deutschnationalen und völkischen Anwürfe 35 Stunden lang untersucht. Das Urteil ist nirgends angefochten worden. Wir können es auch allerdings heute noch nicht als Verbüßten ansehen, daß Barmat in der Inflation die Partei unterstützt hat. Die Parteigenossen aber hätten die Pflicht gehabt, solange der Untersuchungsausschuß nirgendwo den Verdacht bestätigt fand, daß ein Genosse sein Mandat zu persönlichen Zwecken mißbraucht hat, sich vor die Parteigenossen zu stellen, die im Interesse der Partei gehandelt haben. (Beifall.)

Persönlich bemerkt Loeb-Frankfurt, Stellung habe in seinem Schlusswort mitgeteilt, daß bei den Urwahlen zum Parteitag in Frankfurt Zettel verteilt worden seien: Wählt Dühmann und Loeb. Aber es seien auch Zettel verteilt worden: Wählt Quard und Kölling! Sowohl Kölling wie er hätten sich diesen Mißbrauch ihres Namens entziehen zu verheben. Der örtliche Vorstand, dem sie die Mandate zur Verfügung gestellt hätten, habe anerkannt, daß sie sie auf ordnungsmäßigem Wege erlangt haben.

Vorsitzender Wels: Das war keine persönliche Bemerkung. Stellung hat nur darauf hingewiesen, daß in Frankfurt die Parteigenossen nach Richtungen beurteilt werden. Wenn mehrere Richtungen Flugzettel verbreitet haben, dann wird die Behauptung Stellungen nur bekräftigt.

Es folgen die Abstimmungen, die durchweg nach dem Antrag der Berichterstatter ausfallen. Teilweise wird, insbesondere von den sächsischen Delegierten, die Abstimmung beweiselt, doch ergeben die Wiederholungen das gleiche Ergebnis.

Schließlich wird auf Antrag der sächsischen Delegierten über den Antrag Leipzig gegen den sogenannten Werbebeitrag der Parteigeschäfte namentlich abgestimmt. Auch hier wird der Antrag des Parteivorstandes mit 272 gegen 74 Stimmen angenommen. Für den Antrag Frankfurt, daß der Parteivorstand keine Fühlung mehr mit den Arbeitern habe, werden nur wenige Stimmen abgegeben. Schließlich wird gemäß dem Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Die weiteren Verhandlungen werden um 7 Uhr abends auf Mittwoch vertagt.

Der „Privatmann“ auf Reisen.

Ein Wortbruch des Kronprinzen.

Der ehemalige Kronprinz des Deutschen Reiches, der noch vor wenigen Jahren rührende Briefe an seine ihm mehr oder minder nahestehenden Bekannten schrieb, man möchte ihm den Aufenthalt in der Heimat als schlichter deutscher Bürger gestatten, wird im Augenblick zum Gegenstand eines unerhörten nationalitätlichen Kummels in Ostpreußen mißbraucht.

Man schlägt den reiselustigen Schloßherrn aus Deis von Schlagsfeld zu Schlagsfeld, von Schloß zu Schloß, begrüßt ihn mit dem „Reiterverein“ und dem „Kriegerbund“ und mit Girlanden „heil Hohenzollern“, hält dem vergnügungslustigen jungen Herrn „Vorträge“ über die Schlacht von Tannenberg, den Einsatz des 1ten oder 2ten Korps bei Reidenburg oder Hohenstein, die Wilhelm junior zweifellos fürchterlich langweilte, und zwingt ihn, überall, wo er geht und steht, einen Kranz niederzulegen. Offenbar reist er mit einem solennen Kranzmagazin! Um den antirepublikanischen Charakter dieser Kundgebungen aber noch besonders zu unterstreichen, melden die serbischen ostpreussischen Provinzialblätter, daß der Kronprinz mit seiner Gemahlin und den Prinzen Wilhelm und „Louis“ (Gott strafe Frankreich) Ferdinand heute beim Grafen Dohna-Finkenstein und morgen beim Kammerherrn v. Didenburg auf Januschau zu Gast ist.

Im übrigen stellt sich jetzt heraus, daß die Reklame, die für die Reise des früheren Kronprinzen gemacht wird, von ihm selber ausgeht. Die das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat sich über die Publikationen anlässlich dieser „privaten“ Reise eine Polemik zwischen dem sozialistischen und deutschnationalen Blatt in Königsberg entsponnen. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ brachte nämlich besonders ausführliche Mitteilungen über das Programm des kronprinzlichen Besuchs. Während vor Konkurrenzzeit warf ihr die deutschnationalen „Ostpreussische Zeitung“ vor, daß ihre Konkurrenz „aus diesem Besuch eine Sensation mache, eine Taft- und Geschmacksfrage, deren Beurteilung wir unseren Lesern überlassen“. Darauf rechtfertigte sich das sozialistische Blatt mit folgender Feststellung:

„Am Freitag, 4. September, abends 7 Uhr, ging uns aus nächster Umgebung des Kronprinzen eine Information zu mit der Ankündigung, der Königsberger Bevölkerung das Programm des Aufenthaltes der kronprinzlichen Familie zur Kenntnis zu bringen — eine Werbung, die natürlich insofern von besonderer Bedeutung war, weil sie zum ersten Male feststellte, daß der Kronprinz Königsberg besuchen würde und weil sie die Zeiteinteilung für seinen hiesigen Aufenthalt enthielt.“

Wofür nicht Taft- und Geschmackslosigkeit, sondern Erfüllung eines Wunsches, der von dem „privaten“ Reisenden selbst ausgegangen. Der ehemalige Kronprinz hat sich bei seiner Rückkehr nach Deutschland verpflichtet, jede politische Propaganda zu unterlassen. Hier ist der klare Beweis erbracht, daß er dieses Versprechen nicht innehält. Die Zahl der gedrohenen Hohenzollernersprechen ist also wieder mal um eins vermehrt worden. Der Mann, der angeblich nur den Wunsch hatte, als Privatmann auf seinem Besitz zu leben, sich einen Pflichtenkreis zu schaffen und zu arbeiten, geht ganz offen dazu über, einen monarchistischen Propagandakummel zu inszenieren.

Die Regierung wird nicht umhin können, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Skandal, der eine neue Gefährdung der Aufwärtsentwicklung Deutschlands mit sich bringt, möglichst rasch unterbunden wird.

Die Optantenfrage.

Verhandlungen im Ostaussschuß.

Der Ostaussschuß des Landtages, der in dieser Woche eine Reihe von Sitzungen abgehalten wird, trat am Montag erstmalig zu einer Sitzung zusammen. Man einigte sich dahin, von den vorliegenden Anträgen zunächst diejenigen zu behandeln, die sich mit der Optantenfrage beschäftigen und dann zu den über Ostpreußen vorliegenden Anträgen überzugehen. Berichterstatter war der völkische Abg. Pöschel. Seine längeren Ausführungen ließen erkennen, daß die unerlösten Angriffe, die die rechtsgerichtete Presse in den ersten Augustwochen gegen den Innenminister Genossen Severing wegen angeblich ungenügender Sorge um das Schicksal der Optanten gerichtet hatte, völlig in sich zusammengebrochen sind. Pöschel hat selbst das Schneidemühlener Lager vor dem starken Andrang der Optanten, während dieser Zeit und nachher besichtigt und legte die Gründe dar, die zu einer zeitweiligen Ueberfüllung und zu den vorübergehenden, durch das tatkräftige Eingreifen des Gen. Severing behobenen Mißständen geführt haben. Seine Kritik richtete sich dagegen, daß man geglaubt habe, die Optanten an einem Ort zusammenzujuchen zu müssen, gegen solche Sparmaßnahmen, die man am Anfang gezeigt habe, und vor allem gegen das hemmungslose Verhalten der rechtsgerichteten Presse, die vollkommen imperpolitisch eingestellt gewesen sei. Sodann gab ein Oberregierungsrat aus dem Innenministerium eine Uebersicht über die jetzigen Verhältnisse im Schneidemühlener Lager. Er erwähnte, daß dieses noch von 2500 Optanten belegt sei. Im ganzen seien seit Ende Mai 14.000 Flüchtlinge übernommen worden.

In der Dienstagsitzung brandmarte Genosse Wende die Reichsden, deren sich die Deutschnationalen bei der Befämpfung des preu-

sischen Innenministers zum Schaden des deutschen Volkes bedient haben. Allen Versuchen einzelner deutschnationaler und deutschvölkischer Abgeordneter, die Angriffe zu erneuern, traten die Genossen Dedek und Dr. Hamburger wirksam entgegen. Sie wiesen ferner darauf hin, daß noch zahlreiche polnische Arbeiterfamilien in Wertswohnungen seien, wodurch die Unterbringung der Optanten erschwert wird, und warnten vor jedem Mißbrauch der Optanten als Streikbrecher gegenüber streikenden und ausgepöbelten Arbeitern.

Der Vertreter des Innenministeriums entwidmete das Wohnungsbauprogramm für die Optanten, das bereits in Angriff genommen ist und mit dessen Durchführung die Unterbringung der heute noch im Schneidemühlener Lager befindlichen 2500 Personen fast reiflos ermöglicht. Die Angaben über die bisherigen Aufwendungen für Unterbringung und Arbeitsvermittlung ließen erkennen, daß das Reich seinen Verpflichtungen noch nicht in dem Maße nachgekommen ist, wie es das Optantentum verlangt, und daß bisher eine übermäßig große Last von Preußen getragen werden mußte. Zum Schluß nahm der Ausschuss einstimmig einen Beschluß an, monach das Staatsministerium von der Reichsregierung verlangen solle, daß zur Beseitigung der Optantennot und zur Unterbringung und Einführung der Optanten in das Wirtschaftsleben in weitestem Maße Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, da die Ausweisung der Optanten als Folge des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages zu Lasten des Reiches zu gehen habe.

Völkerbund oder Stahlhelm?

Die deutschnationalen „Kompromißformel“.

Die „Völkische Zeitung“ meint ironisch, daß die deutschnationalen Führer in der Frage des Sicherheitspaktes bis jetzt die „Kompromißformel“ gewählt haben: „Unter allen Umständen in der Regierung bleiben und unter allen Umständen den Pakt sabotieren“. Das demokratische Blatt ist der Ansicht, daß die Deutschnationalen, da sie natürlich mit dieser Formel nicht durchkommen werden, es schließlich vorziehen werden, in der Regierung zu bleiben und den Pakt, ebenso wie das Dames-Abkommen, durch ihre Mitverantwortung zu decken.

Wir wissen nicht, auf welche Tassachen die „Völkische Zeitung“ diesen Optimismus stützt. Einstweilen kann man von dieser Seite der Regierungskoalition Pakt sabotage wahrnehmen. Die Berliner deutschnationalen Blätter halten sich, einer höheren Anweisung offenbar slavisch gehorchend, aufsolend zurück. Um so rücksichtsloser läuft die Rechtspresse in der Provinz gegen Stresemann Sturm. Und die deutschnationalen Organisationen draußen im Lande erst recht. Die deutschvölkische „Westfälische Warte“ des Herrn von Graefe macht sich ein teuflisches Vergnügen daraus, jene Protestentscheidungen aufzuzählen, die man bislang in den deutschnationalen Parteiblättern der Reichshauptstadt vergeblich sucht.

Allerdings veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ ein Telegramm, das der berühmte Scharfmacher, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, angeblich im Namen von 500 Stahlhelmsführern aus dem Bezirk Halle-Merseburg an den „hochgebildeten Herrn Generalfeldmarschall“ gesandt hat. Diese Kundgebung, die von maßlosen verteufelischen Angriffen auf die Vinspartei froh, verlangt vom „Reiter“, das deutsche Volk gegen den Pakt aufzurütteln.

Eigentlich sollte dieses Telegramm aufrüttelnd auf die Regierung wirken, und zwar insofern, als sie die Notwendigkeit endlich erkennen müßte, Klarheit über die Haltung der stärksten Koalitionspartei — zwei Wochen vor der Konferenz — zu schaffen.

Aber wo ist überhaupt die Regierung? Sie mag anscheinend gar nicht, zusammenzutreten, aus Angst, daß sie über die erste grundsätzliche Beratung auseinanderplatzt. Der Reichskanzler ist heute noch auf Spitz, morgen läßt er sich mit Hindenburg in das Bismarckhaus begeben, um die Ruhegebeten zu feiern, worüber die Sachkundigen nur lächeln können — und dann?

Dann wird allerdings eine Klarstellung nicht mehr hinausgeschoben sein. Sogar Herr Schiele wird seine Ministerferien unterbrechen und Farbe bekennen müssen. Bei diesem Gedanken allein herrscht aber schon jetzt in der Wilhelmstraße eine latente Krisenstimmung. Mit jedem neuen Tag mehren sich die Zweifel, daß es gelingen wird, den Geist des Völkerbundes mit dem Geist des Stahlhelms zu versöhnen. Herr Luther wird sich aber doch entscheiden müssen, ob er die ganze zivilisierte Welt gegen Deutschland ausbringen oder den Kampf mit den Duesterberg und Konsorten aufnehmen will.

Rheinische Zentrumstagung.

Eine Warnung für das Zentrum.

Düsseldorf, 15. September. (Rth.) Der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei hat den heutigen zweiten Tag seiner Tagung zu einer Aussprache über die gestern gehaltenen Referate und über die Lage der deutschen Zentrumspartei im allgemeinen und der rheinischen Zentrumspartei im besonderen benutzt. Aus den Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ergab sich etwa folgendes Gesamtbild: Die Regierung Luther, der man an sich ablehnend gegenübersteht, wurde als Folge zwangsläufiger Geschehnisse bezeichnet. Es wurde ihr vorgeworfen, daß sie die Linksparteien nicht zur verantwortlichen Mitarbeit herangezogen haben. Die Zentrumsfraktion habe zwar recht daran getan, in die Regierung einzutreten; aber vielleicht hätte sie sich etwas mehr suchen lassen sollen, d. h. ihre Selbstständigkeit vielleicht entschlossener wahren können. Die Fraktion des Reichstags habe das Bewußtsein staatspolitischer Verantwortung übersteigert. Die Extraparolen der Koalitionsgenossen in den außenpolitischen Fragen hätte sich die Zentrumsfraktion energischer verbieten müssen. Die Partei müsse eine geschlossene Phalanx bilden. Die psychologische Einstellung der Führung auf das Denken der von ihnen Geführten sei unbedingtes Erfordernis. In diesen Kreisen, nicht nur innerhalb der Zentrumspartei, herrsche heute die Meinung vor, daß die Regierung Luther die erste Etappe darstelle zur inneren Aushöhlung des neuen Volksstaates. Die Reichsparteileitung müsse Wege und Mittel suchen und finden, die Angelegenheit Wirth beizulegen. Wirth gehöre wieder in die Reichstagsfraktion hinein. Die Tagung schloß mit der Kundgebung des ersten Willens, die Einheit der Partei zu wahren.

Die Stadt Köln beabsichtigt, zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues eine Inlandsanleihe über 20 Millionen Mark auszugeben. Die Genehmigung des Ministeriums ist bereits erteilt.

In der Völkervereinigung beantragte Loucheur-Frankreich mit ausführlicher Begründung die Entschlebung auf Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz zur Untersuchung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich der Wiederherstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Blüte entgegenstellen, und um die besten Mittel zur „Beseitigung der Schwierigkeiten der Arbeitskonflikte jeder Art“ zu finden.

Der Abbau des Bismarzwangs. Die finnische Regierung beabsichtigt, den Bismarzwang gegen Lettland abzuschaffen.

Ein Spätsommertag.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem offiziellen Herbstbeginn. Noch ist es Spätsommer, doch was der bis jetzt an schönen Tagen schenkte, ist an den Fingern abzuzählen. Regen, Regen und noch einmal Regen. Gestern endlich war einmal ein Spätsommertag, schon ein wenig herblich zwar, aber nach all den finstlichen, schwangeren Tagen wirkte er wie eine strahlende Verheißung. Die Sonne lebt also noch und der blaue Himmel mit dahinziehenden weißen Wolken ist keine ferne Sage. In allen Farben leuchteten die späten Ästern und Georginen vor, frisch prangte das Grün der Anlagen, goldig schimmerten die Sonnenblumen, erleichtert blühten Millionen von Menschen zum Himmel. Ein fröhlicher Rhythmus bewegte sie und ließ sie einen solchen Sonntag ersehnen. Draußen auf den Seen paddelte und segelte, wer nur immer die Zeit dazu hatte. In den Wäldern erging sich außer denen, die es immer dazu haben, noch die Ferienfrohen, die nicht in die sogenannten heißen Hundstage hineingeraten waren. Pilz- und Brombeerfucher feierten wahre Feste. Und die anderen. — Sie warten schließlich auf das Wochenende und schmieden Pläne und nochmals Pläne und rechnen, ob Jude oder Halenkreuzler, mit dem alten biblischen Jehova, da die nahenden jüdischen Feiertage zu dem sprichwörtlichen guten Wetter verpflichten. Doch mag es sein, wie es will, Botan und Jehova oder der Gott hoch der Wetternachrichten, der endlich den verfluchten Teufel Tiefe vertreibt, die Hauptsache, daß endlich der geplagten Menschheit noch schöne Tage kommen. Sie ist gestraft genug mit ihrem Seufzen über die Hitze im Juli, wer das vorher gewußt, hätte sie gern mit Freude eingewickelt. Nach sechs Wochen fast jeden Tag Regen, da heißt es jetzt um so mehr mit allen Poren Licht und Sonne trinken und jeden schönen Tag wie ein Geschenk empfangen. Denn die Sonne hat nicht nur pflichtgemäß unseren Kleingärtnern noch Tomaten zu reifen und den Kartoffeln und dem Winterporree nachzuhelfen, sondern vor allen ihren Großstadtkindern die wieder bloß gewordene Haut zu bräunen und eine letzte Bade-, Paddel- und Segelfahrt für ihre Sonntage zu schenken.

Fahrt nach Jossen.

Wer eine Reise tut, kann etwas erzählen — und wenn sie auch nur nach Jossen geht. Also erstens: aus einem Abteil 2. Klasse des Vorortzuges, den wir benutzen, ertönt lebhafter Wortwechsel — dann flüchten aus dem Abteil — klatsch — klatsch — die Ohrfeige hat gefessen — ein Herr verläßt das Lokal — ohne Hut — soll festgestellt werden — tönt es hinter ihm her. Feine Leute, was — die Gentlemen in diesem Abteil der Postklasse! — Zweitens: es lohnt sich, Zeitungen zu lesen, selbst wenn das Blatt nur ein Klein-Stadt-Moniteur ist. Also: im Blatte wird mitgeteilt, daß der Stadtverordnetenordnungsleiter sein Amt niedergelegt und überhaupt aus der Körperschaft ausgeschieden ist — aus Gesundheitsgründen. Welche Ursachen die so plötzliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes herbeigeführt haben — darüber gehen die Meinungen, wie gewöhnlich, auseinander. Das anhaltende Regenwetter ist allerdings geeignet, Gesundheitsstörungen zu veranlassen. — Augenblicklich regnet es mal nicht — schöner Sonnenuntergang, Sternhimmel. Die Reuendorfer Chauffee mit ihren prächtigen Bäumen ladet zum Abendspaziergang ein. Von ferne schallt Gesang jugendlicher Stimmen — ein kleiner Trupp kommt näher. „Aha, Kommunisten“ denkt man, wenn man im Schein einer vorüberfliegenden Radfahrerlaterne ein rotes Fähnchen zu erkennen glaubt. Aber jetzt sind die zehn Mann heran, die rote Fahne ist mit dem Hakenkreuz geschmückt. Und der Gesang mit „Waden raus“ und „Rur ein Deutscher soll uns Führer sein“ zeigt, daß die Jung-Böllischen ihre Böller zusammenziehen. So eben fährt ein Vorortzug ein und Dupende „martialischer“ Gestalten, sozusagen selbstmarmadisch ausgerüstet, steigen aus und rongieren sich hinter dem Bahnhof. Da es nicht regnet, läßt man sich Zeit

und gibt der anwesenden Zuschauerfahne ein Schauspiel. Die körperliche „Erkältigung“ hat die Formen des altpreussischen Drill angenommen — als bei Stillgestanden es nicht so recht klappte, wurde das Manöver wiederholt. Endlich Abmarsch durch das Städtchen mit Trommeltang, das die ehrfamen, schon um 10 Uhr meist schlafenden Bürger sicher angenehm aufgeschreckt und die in den „Lanzbluten“ und „Wiener Kaffees“ versammelten Nachtschwärmer sicher begeistert hat. Nachübung gegen den Feind — der ja — leider! — auch nur „bölsch“ markiert werden kann. Bald regnet es wieder und wir verlassen das göttliche Städtchen — hoffentlich holen sich die älteren „Mannen“ nicht den Rheumatismus und die jüngeren nicht den Schnupfen bei ihrem „singereichen Schlagen“.

Gegen die Brandstifter.

10 000 Mark Belohnung für ihre Ermittlung.

Die Belohnung für die Ermittlung der Brandstifter, die seit einiger Zeit in Berlin ihr Unwesen treiben, ist, wie wir vom Polizeipräsidenten erfahren, auf 10 000 Mark erhöht worden. Von dieser Summe werden 5000 M. amtlich zur Verfügung gestellt und 5000 M. von den Versicherungsgesellschaften. Da daneben auch noch die „Berliner Morgenpost“ 5000 M. demjenigen zugebilligt hat, der die Brandstifter ausfindig macht, so beträgt die gesamte ausgelegte Belohnung 15 000 M. Wie wir weiter vom Polizeipräsidenten erfahren, werden Mitteilungen in der Angelegenheit der Brandstiftungen auf Wunsch völlig vertraulich behandelt und die Person des Angezogenen wird in keiner Weise in die Ermittlungen hineingezogen werden.

Raubüberfall unter den Linden.

Der Haupttäter verhaftet.

Ein Raubüberfall wurde gestern mittag kurz nach 12 Uhr in dem Hause unter den Linden 66 verübt. Dort ist im zweiten Stock das Bankgeschäft von Theodor Fuhrmann. Dieses ließ durch den 77 Jahre alten Kassaboten F. 25 000 M. von der Seehandlung abholen.

Der alte Mann steckte das Geld in einen Umschlag in die innere Westentasche und ging zur Bank zurück. Im ersten Stock des Hauses begegnete ihm drei Männer. Zwei verperrten ihm den Weg, während einer hinter seinem Rücken stand. Ehe er sich noch überlegen konnte, was das bedeuten sollte, fühlte er einen Ruck und merkte, daß ihm das Geldpäckchen aus der Tasche gerissen worden war. Die drei Männer entflohen. Laut um Hilfe rufend, setzte der Beraubte ihnen nach. Auf der belebten Straße verstärkte er noch seine Hilferufe, so daß Postanten und Polizei sofort aufmerksam wurden. Man beobachtete, daß einer der Verfolgten in das Haus Nr. 13 hineinflüchtete, während die beiden anderen den Blicken der Verfolger entwandten. In dem Hause Nr. 13 stieß man auf einen Mann ohne Mantel und Kopfbedeckung. Er tat so, als ob er in das Haus hineingehörte. Der alte Kassabote erkannte ihn aber sofort als einen der Räuber wieder und auch die anderen Verfolger ließen sich nicht täuschen. Es ergab sich bald, daß der Entpattete seinen Mantel und Hut unter dem Treppenschlag versteckt hatte, um die Leute zu täuschen. Er wurde verhaftet, nach der Wache des 1. Polizeiregiments gebracht und als ein italienischer Kaufmann Giovanni Santacelli festgestellt, der sich seit kurzer Zeit ohne Wohnung in Berlin umhertrieb. Erreutlich ist, daß man bei dem Verhafteten das geraubte Geld fand. Seine beiden Helfershelfer sind entkommen. Der Verhaftete will sie nicht kennen. Mitteilungen zu ihrer Ergreifung an Kriminalkommissar Dr. Riemann, Dienststelle B. I. 16, im Polizeipräsidentium.

Sunde gegen Volkziehungsbearbeiter.

Am 14. Juni betrat der Volkziehungsbearbeiter Gottwald die Restaurationsräume von Walter, Zeppelinstraße in Potsdam, um dort für nicht bezahlte Steuern im Auftrage des Magistrats zu pfänden. Herr Walter stellte ihm als Pfandobjekt ein Faß Cognat und ein Grammophon zur Verfügung. Um den Gastwirt aber nicht in seinem Gewerbebetrieb zu stören, wollte der Beamte in die Privaträume gehen. Raum hatte er die Rückentür berührt, als ihn der Gastwirt zurück, so daß dem Volkziehungsbearbeiter die Mühe vom Kopfe flog. Ihn blieb nichts weiter übrig, als sich polizeilichen Schutz zu holen. Als dieser eintraf, rief der äußerst nervöse Gastwirt: „Meine Hunde werden Sie zer-

reißen, wenn Sie einen Schritt näherkommen.“ Die Tiere erhoben auch ein lautes Geheul, so daß der Beamte blank ziehen mußte und dem Gastwirt gebot, die Hunde sofort an die Leine zu legen. Dann erst konnte die Pfändung vorantreiben gehen. Walter wurde vom Potsdamer Amtsgericht wegen Widerstand und Bedrohung unter Jubilation mildernder Umstände, in Anbetracht seiner schweren Nervosität zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

Wohnungen für Straßenbahner.

An den Maßnahmen zur Beseitigung des Mangels an Kleinwohnungen beteiligt sich die Berliner Straßenbahn G. m. b. H. mit gutem Erfolg. Die zu diesem Zweck gegründete Gemeinnützige Heimstättenbau-Gesellschaft der Berliner Straßenbahn hat einen ersten Teil ihres gesamten Bauvorhabens fertiggestellt. Von den vorläufig geplanten 1500 Wohnungen sind jetzt 700 benutzungsfähig, so daß sie demnächst bezogen werden können.

Gestern fand eine Besichtigung der Wohnungsbauten statt, an der Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, der Bezirksämter und Bezirksversammlungen, Vertreter der Straßenbahnerverwaltung und der Heimstättenbau-Gesellschaft und andere Gäste sich beteiligten. Unter den Teilnehmern sahen wir Oberbürgermeister Böhm und seine Gattin, die Stadträte Schünning, Wuytz und Adler, Staatssekretär Scheidt und andere. Besichtigt wurden die Wohnungsbauten in Friedenau (Ceciliengärten), in Lichterfelde (Hindenburgdamm), im Wilmersdorf (Breitenpark), auf dem Tempelhofer Feld (Dreibundstraße), in Treptow (Am Treptower Park). Überall wurden die Gäste von Kindern der Straßenbahner in Festkleidung und Blumenkranz begrüßt. Auf dem Wohngelände in Friedenau fand eine kleine Feier statt, mit der die Wohnungen übergeben wurden. Bei der Schlussfeier in Treptow gedachte Stadtrat Schünning in Worten des Dankes besonders der Angestellten, der Fahrer und Schaffner, die im Dienste der Straßenbahn tätig sind. Er betonte, daß bei den Maßnahmen zur Beseitigung des Wohnungsmangels auch dafür gesorgt wird, daß die Wohnungen für Straßenbahner in möglicher Nähe der Straßenbahnhöfe zu errichten. Für die Arbeitnehmer antwortete Betriebsratsmitglied Dalko, der die Hoffnung ausspricht, daß die Mieten über eine für die Straßenbahner erschwingliche Höhe nicht hinausgehen werden.

Die Wohngebäude sind nicht als Hochbauten, sondern als Hochbauten ausgeführt. Überall sind aber die Wohnungen so angelegt, daß Luft und Licht ungehindert Zutritt haben. Gärten hat man den Wohnungen nicht beigegeben können, doch fehlt es den Neubauten nicht an freundlichem Grün. Inmitten der Blöcke sind große Flächen frei gehalten worden, die mit Rasen und Blumenbeeten geschmückt sind. Auch Spielplätze für die Kleinsten sind vorhanden. Alle Wohnungen haben Badeeinrichtung.

Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist so groß, daß ihr nicht genügt werden kann. Den 700 fertigen Wohnungen stehen bereits 2000 Meldungen gegenüber, so daß nicht einmal die vorläufig geplante Gesamtzahl von 1500 Wohnungen reicht. Die Heimstättenbau-Gesellschaft der Berliner Straßenbahn wird ihre Arbeit noch erweitern müssen, um alle Ansprüche befriedigen zu können.

Freispruch — aber nicht nach § 51.

Gegen seine Freisprechung hatte der Gärtner H. aus Kolberge vor der Strafkammer des Landgerichts III Berufung eingelegt. Er führte sich dadurch beschwert, daß seine Freisprechung auf Grund des § 51 erfolgt war, dessen Schutz andere wiederum mit allen Kräften zu erreichen bemüht sind. H. hatte seinerzeit eine etwas scharfe Auseinandersetzung mit dem Gemeindevorsteher und wurde daraufhin wegen Hausfriedensbruch angeklagt. Vom Schöffengericht wurde er jedoch freigesprochen, indem das Gericht, wie in der Begründung des Urteils ausgeführt wurde, im Hinblick auf den früheren längeren Aufenthalt des Angeklagten in Anstalten als gemeingefährlicher Geisteskranker annahm, daß der § 51 zur Anwendung kommen mußte. Da dies im Urteil bekannt wurde, fühlte sich der Freigesprochene, der sich auch für geistig gesund hielt, dadurch stark geschädigt und legte Berufung ein, um nicht an sich die Freisprechung, wohl aber die ihm angeblich sehr schädigende Begründung des Urteils aus der Welt zu schaffen. Sein Wunsch konnte ihm nicht erfüllt werden, da eine derartige Berufung formell unzulässig ist und weil nur der Urteilsenor und nicht die Gründe des Urteils für die Berufung maßgebend sind. H. muß also den § 51 vorläufig behalten.

Das unbegreifliche Ich.

35) Geschichte einer Jugend. Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

Ich griff nach etwas Wirklichem. Da war das Summen der Telephondrähte oben über dem Dache des Hauses, wo ich früher gewohnt hatte. Da war das flache Dach, auf dem ich einmal gewesen war. Ich hatte auf den Hof heruntergesehen. Das war der Raum, begriff ich. Nun sollte der Hof so tief unten sein, wie der Himmel hoch oben war, und die Häuserfassaden sollten so weit voneinander sein wie Osten und Westen; aber wie weit war das?

Ich murmelte: „Weit, weit, weit!“ bis ich trocken im Halbe wurde. Dies eine Wort wurde so oft wiederholt, daß ich es zum Schlusse fast nicht mehr sagen konnte; doch es betäubte meinen Schmerz einen Augenblick, denn ich glaubte, daß ich auf die Art irgend etwas verstehen lernte.

Dann kam ich wieder auf die Häuserfassaden zurück und rückte diese so weit voneinander, wie ich konnte; und noch ein Stückchen und noch ein Stückchen! Diese ungeheure Anstrengung spannte die Gedanken aufs äußerste an. Und dann konnte ich einsatz nicht mehr. Der Gedanke konnte mein Hirn nicht verlassen, ohne den Schädel zu sprengen. Es wurde ein unerträglicher Schmerz. Der Raum war zu groß und rund; ich war zu klein; und trotzdem sollte der Raum in mich hinein.

Ich lag unter dem Deckbett und war nicht sehr groß und um mich her war Dunkelheit. Ich konnte Mutters Atemzüge hören. Das stürzte mich in meinen Phantasien, so daß das unermessliche Universum und das Schlafzimmer einen Kampf miteinander begannen. Es war nichts anderes dabei zu tun, als bis über die Ohren unter das Deckbett zu kriechen, so daß dieser Wechsel: Universum, Schlafzimmer, Universum, Schlafzimmer anhören konnte.

Und nun befand ich mich draußen im Raum. Mein Hirn stand still; doch mein Körper flog dahin; er fühlte, was ich mir nicht vorstellen konnte. Der Raum wurde in Sinneseindrücke umgesetzt. Ich war nackt, und der kalte Wind, der durch die unermessliche Leere jagte, kühlte mich ein und wehte mir über Bauch und Rücken. Die Telephondrähte summierten mir vor den Ohren. Das Herz zögerte zu schlagen. Es war schwindlig. Es hielt sich gleichsam zurück, und es bildete sich ein leerer Raum im Unterleib, als ob der Bauch nur mit Luft gefüllt wäre.

Aber rings um den Weltraum war eine blaue, runde Mauer und hinter ihr, oberhalb des Ganzen, sahen Gott und seine Engel und Leuchten.

Hier fand ich Ruhe. Das war eine alte Vorstellung von mir, und selbst, wenn es mir heiß über den Rücken lief, wenn ich daran dachte, daß ich einmal Gott gegenüberstehen sollte, hatte ich dies doch schon vorher durchlebt und es regte mich nicht weiter auf.

Das Licht war weiß, mußte ich; doch was für Kleider Gott anhatte und wie er aussah, davon träumte ich nicht. Ich wußte nur von einem Paar alten, großen Augen. Sie waren von unreinem Weiß, wie die Augen der alten Leute; aber die blauen Ringe der Iris strahlten eine Kraft aus, die forschend gültig zugleich war.

Ich schlief ein. Aber jedesmal, wenn ich mich über das Sternensystem und den Himmelsraum beruhigt hatte und dabei war die schwindelnde Wahrheit zu vergessen, packte mich ein neuer Gedanke.

„Der Raum ist unendlich!“ sagte der Lehrer und kniff ein Auge zu. „Du kleiner Trokops da, Waldemar, der Raum ist unendlich. Wenn sich eine Mauer um das Ganze befände, würde man nur fragen, was ist hinter der Mauer.“

„Gott!“ rief ich aus.

Der Lehrer sah mich an und lachte. Es lag ein Funken in seinem Blick, das ich nicht leiden konnte.

Er überlegte, und dann fragte er mit gemachtem Nachdruck: „Und was ist hinter Gott? Kannst du mir das sagen, wie?“

„Hinter Gott, hinter Gott ist nichts mehr!“ stammelte ich. „Könnst du dir nicht vorstellen, daß noch Raum hinter ihm wäre, und glaubst du, daß er es nötig hat, auf einer Mauer zu sitzen?“

Ich antwortete erst nach einigen Minuten. „Ja, aber der blaue runde Himmel, ich kann doch sehen, daß er aufsteigt; er ist hinter den Sternen.“

„Das glauben wir bloß.“

„Aber er ist blau. Und das Blau muß doch auf irgend etwas zeigen,“ widersprach ich.

Der Lehrer stand auf und kam zu mir herunter. „Glaubst du, daß du hingehen kannst und den Regenbogen anfassen?“

„Nein.“

„Es ist nämlich gar nichts da. Der Regenbogen sieht bloß so aus, als ob er vorhanden wäre. Das sind die Sonnenstrahlen, die ihn bilden.“

„Ach so.“

„Du hast doch auch schon von der Frau Morgana gehört, nicht?“

„Ja.“

„Du glaubst doch nicht, daß da Palmen und Dampfschiffe in der Luft schweben?“

„Nö!“ lachte ich.

„Du glaubst auch nicht, daß du im Spiegel sitzt, wenn du dich darin siehst.“

„Nein, nein, nein!“ lachte ich.

„Na da siehst du, und so ist es mit dem Himmel. Der ist nicht blau und der ist nicht rund. Der sieht bloß so aus. Der Weltraum ist nicht rund und nicht vieredig; er ist unendlich.“

Der Lehrer bestieg wieder das Katheder.

Als ich nach Hause kam, ging ich zu Mutter hin, die am Fenster saß und nähte. Ich sah zu ihr auf, aber sagte nichts weiter.

„Was willst du, Waldemar?“ fragte sie.

„Mutter, weißt du, wie groß der Himmel ist?“

„Er ist unendlich.“

„Aber, Mutter, wo ist denn da Gott?“

Sie nähte eifrig.

„Er ist überall,“ sagte sie.

Doch ich wagte nicht mehr, an den Weltraum zu denken, aus Furcht, daß Gott sich darin verlieren könnte.

Unten in Rankingroad war ein europäischer Damenhut ausgestellt, den Man durchaus haben wollte. Sie hatte eine vornehme Amerikanerin mit einem ähnlichen Hut gesehen, und keine Einwendungen hielten. Waldemar sagte, daß er sie nicht kleiden würde, und sie behauptete, er kleide doch die Amerikanerin. Er antwortete, daß das noch gar nichts bewiese, da sie weder dieselbe Hautfarbe, noch die gleiche Figur wie die Amerikanerin hätte.

Obgleich er ganz ruhig sprach und keinen anderen Hintergedanken hatte, als sie davon abzuhalten, sich zum Narren zu machen, wurde ihr schwarzer Blick stechend. Er schweig und es entstand eine kleine Pause. (Fortsetzung folgt.)

Auftakt zur Wahl.

Kommunalkonferenz der Berliner Funktionäre.

Die Betriebsvertrauensleute und die Gewerkschaftsfunktionäre unserer Partei eröffneten gestern den Stadtverordnetenwahlkampf mit einer überfüllten Versammlung in den Mustertüren. Den einleitenden, unterrichtenden Vortrag über „Die Sozialdemokratie im Roten Hause“ hielt Stadtverordneter Genosse Ernst Reuter.

Der Redner gab einen umfassenden Überblick über die kommunalpolitischen Probleme in der Gemeinde Groß-Berlin, um dann zu den Aufgaben der neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung Stellung zu nehmen. Kommunale Arbeit und kommunale Politik bedingt Sachlichkeit und Ehrlichkeit. Die Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit in Berlin als der größten Industriegemeinde gliedert sich in eine Unsumme von Einzelarbeit, so daß hier nur kollektive Arbeit einer starken Fraktion, die sich auf eine starke Partei stützen muß, wirklich etwas leisten kann. Der Etat von Groß-Berlin übersteigt wesentlich den aller Staaten, selbst Bayerns. Wenn man das Vermögen von Stinnes in seinen Unternehmungen auf etwa 300 Mill. Mk. schätzt, so steht dem allein ein in der Verkehrswirtschaft investiertes Vermögen von 240 Millionen Mark gegenüber, denen sich bei den Elektrizitätswerken ein solches von 200 Millionen anschließt. Die bürgerlichen Parteien arbeiten im Wahlkampf besonders mit dem Argument, daß die durch die Sozialdemokratie eingeführte Politisierung der städtischen Verwaltung abgeschafft werden muß. Diejenigen Parteien, die dieses Argument ganz besonders benutzen, handeln aber selbst am allerwenigsten danach. Das hängt mit der allgemeinen politischen Stellung dieser bürgerlichen Parteien zusammen, wobei höchstens das Zentrum eine gewisse Ausnahme macht.

Die bürgerlichen Parteien stehen eben zur Gemeinde prinzipiell anders, als die Sozialdemokratie, die in einer gefunden, selbständigen Gemeindepolitik eine Erfüllung eines Teiles ihres Programms sieht.

Wenn allgemeine Gemeindepolitik, die der großen Masse der großstädtischen Bevölkerung zugute kommen sollte, beabsichtigt war, so konnte das immer nur gegen den Widerstand der andern Parteien durchgesetzt werden. Unsere Partei steht den Aufgaben der Gemeinde in den gemeindlichen Betrieben, bei dem Ausbau des Verkehrswezens, bei der Wohlfahrtspflege, in den Schulfragen, grundsätzlich anders gegenüber und aller Fortschritt wurde gehemmt von den bürgerlichen. In der neuen Stadtverordnetenversammlung werden besonders in finanzieller Hinsicht große Kämpfe ausgetragen werden müssen, wobei die Sozialdemokratie mit der Volkspartei einen besonders schweren Kampf zu bestehen haben wird.

Der doktrinaire Standpunkt der andern Parteien hat in vielen Fragen der Gemeinde großen Schaden gebracht, so daß sehr oft selbst die bürgerlichen Mitglieder des Magistrats Stellung gegen die Volkspartei und ihre Führer nehmen mußten.

Schon jetzt spielt im Wahlkampf die sogenannte größtmögliche Finanzpolitik von Groß-Berlin eine Rolle: Berlin verpulverte das Geld in unnötigen Strohbauten, steckte viel Geld in die (nicht privatwirtschaftlichen!) Verkehrsunternehmen und wollte sogar die Charlottenburger Wasserwerke aufkaufen. Die Absicht einer solchen Politik ist offenbar:

Man will Groß-Berlin das Selbstverwaltungsrecht beschneiden.

Dabei ist es gerade dadurch und durch die vernünftige Politik der Sozialdemokratie in der Einheitsgemeinde Groß-Berlin möglich gewesen, die Ausgaben auf ein Minimum herabzudrücken. Keine Stadt hat so niedrige Steuern wie Berlin. Viele Steuern sind früher abgebaut oder beseitigt worden, als wo anders.

Der Kampf gegen die Einheitsgemeinde der Groß-Berlin ist verschwunden. Spielte er noch 1921 im Wahlkampf eine Hauptrolle bei den Bürgerlichen, so spricht heute niemand mehr davon. Die Vorteile der Einheitsgemeinde sind so in die Augen springend, daß sie besonders von der arbeitenden Bevölkerung leicht begriffen werden und wir können über unsere Gegner triumphieren. Auch der äußere Betrieb der Stadtverordnetenversammlung ist ganz anders geworden als früher. Die Radikalen, die früher die Deutschnationalen im trauen Verein mit den Kommunisten, im Stadtparlament ausführten, hatten lediglich den Zweck, zu beweisen, daß ein so großes Parlament mit einem so starken sozialdemokratischen Einschlag nicht arbeitsfähig ist. Jetzt ist es still geworden; man hat oben eingesehen, daß man mit Abbau nichts ausrichten kann. Unter dem Druck der objektiven Entwicklung sind

Die bürgerlichen Parteien gefallen

worden. Die sozialdemokratische Politik hat eben Erfolg gehabt und wir haben uns glänzend durchgesetzt. Groß-Berlin ist von uns auf die Beine gestellt worden, wir haben es gehalten während der Inflation und nun muß es an den sozialen Ausbau gehen.

Die Finanzpolitik unserer Stadt wird von den bürgerlichen Gruppen im Wahlkampf eine besondere Rolle spielen. Es kommt aber wirklich nicht darauf an, ob ein bürgerlicher Kandidat die schönsten Versprechungen macht, sondern darauf, daß später bei Etatsberatungen auch praktische Vorschläge für eine Herabminderung des Finanzbedarfs gemacht werden. Das hat bisher noch kein bürgerlicher Stadtverordneter fertig gebracht. Und wenn der Finanzbedarf bisher ein besonders großer war, so hing das eben damit zusammen, daß während der ganzen Inflationszeit nichts für die kommunalen Bedürfnisse getan wurde.

Wenn es an das Demütigen von Geldern ging, waren selbst die Volksparteiler und die Deutschnationalen immer dabei.

Zum Glück hat sich Groß-Berlin in letzter Zeit wieder mehr auf den Ankauf von Grundstücken gelegt. Leider haben wir für eine großzügige Wohnungspolitik keine zuverlässige Mehrheit gehabt, so bleibt es ein wichtiger Programmpunkt der Zukunft, eine gesunde Wohnungswirtschaft und Siedlungspolitik zu treiben. Politischer Träger dieser notwendigen Entwicklung können niemals die bürgerlichen Parteien sein, die durch ihre private Interessenpolitik eben keine großzügige Bevölkerungspolitik treiben dürfen. Mit einer solchen Interessengemeinschaft kann natürlich nie gesunde Gemeindegewalt im Interesse der Allgemeinheit gemacht werden.

Hier kann nur eine große sozialdemokratische Fraktion im Rathaus helfen.

Das Bürgertum hat in den früheren Jahren fanatisch um die Entkommunifizierung der städtischen Betriebe gekämpft. Jetzt ist auch dieser Kampf verstimmt; die Frage der Entkommunifizierung spielt keine Rolle mehr, das Bürgertum hat sich abgefunden. Um wieviel leistungsfähiger gemeindliche Betriebe gegenüber privatwirtschaftlichen sind, bewies der Kampf um die Charlottenburger Wasserwerke. Bei der Straßenbahn zeigte sich die Ueberlegenheit kommunaler Bewirtschaftung ebenfalls zur Genüge. Die Ueberführung der Bahn wären in einem Privatbetriebe nie und nimmer so für den Ausbau des

Betriebes verwendet worden, wie es jetzt geschieht. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die diesen großen Besitz der Gemeinde erhalten hat.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege hat von den Bürgerlichen wirklich keine Förderung erfahren. Sie waren nur dabei, wenn es galt, für ihre eigenen privaten Wohlfahrtsinstitutionen Gelder zu erhalten. Bei den Schulfragen sind uns selbst die Kommunisten oft in den Rücken gefallen, was sich besonders beim Abbau Paulsens zeigte.

Bei der Stadtverordnetenwahl wird nach der Reichstags- und der Reichspräsidentenwahl zum ersten Male wieder Gelegenheit für die großen Parteien sein, ihre Kräfte zu messen. Die Berliner Stadtverordnungen gehen weit über den Rahmen einer Gemeindevahl hinaus und so müssen wir die Bevölkerung in weitestem Maße für die Notwendigkeiten einer sozialdemokratischen Mehrheit interessieren. Wir sind stolz darauf, die Einheitsgemeinde Groß-Berlin mit allen ihren Vorteilen und Vorzügen geschaffen und in ihr etwas geleistet zu haben. Die Unkenrufe von der sozialdemokratischen Miswirtschaft sind verstummt. Mit der Arbeit und den Erfolgen unserer Fraktion dürfen wir zufrieden sein und deshalb muß unser Bestreben im Wahlkampf dahin gehen, über eine Fraktion von 87 Köpfen hinaus,

eine sozialdemokratische Mehrheit zu erreichen.

(Lebhafter Beifall.)

In der anschließenden Diskussion wurden von einem Redner die Zustände auf den städtischen und auf den privat verpachteten Gütern beleuchtet. Er wünschte eine stärkere Kontrolle durch die städtischen Körperschaften. Genosse Polenske ist der Auffassung, daß wir den Wahlkampf besonders gegen die Vorwürfe werden führen müssen, die von anderer als bürgerlicher Seite gegen unsere Fraktion erhoben werden. Wir werden aber auch damit fertig werden, besonders wenn wir berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie zu Einfluß gelangte, in einer Zeit, die für uns recht ungünstig war. Es muß gesagt werden, daß die Umwandlung der Gemeindebetriebe in Gesellschaften nicht immer im Interesse der beschäftigten Arbeiter lag. Hoffentlich geht das neue Stadtparlament einer Zeit entgegen, in der wir unsere Grundzüge besser zur Geltung bringen können.

Nachdem Genosse Reuter in seinem Schlusswort auf die Einwendungen der Diskussionsredner eingegangen war, gab Genosse Holz einen Arbeitsplan für die Stadtverordnetenwahl bekannt.

Die Termine der Berliner Kommunalwahlen.

Der Stadtwahlleiter hat folgende Termine festgesetzt: a) für die Einreichung der Stadtwahlvorschläge spätestens Montag, den 5. Oktober 1925 nachmittags 3 Uhr; b) für die Einreichung der Verbindungsverträge spätestens Donnerstag, den 8. Oktober 1925, nachmittags 3 Uhr; c) für die Beteiligung von Wählern spätestens Samstag, den 10. Oktober 1925 nachmittags 3 Uhr. Für die Kreis- und Bezirkswahlvorschläge in den Wahlkreisen I bis XV werden die Kreiswahlleiter voraussichtlich die gleichen Termine bestimmen. Die Bekanntmachung hierüber wird am Sonntag, den 20. September 1925 im Gemeindeblatt der Stadt Berlin und am Montag, den 21. September 1925 durch Säulenausschlag veröffentlicht werden. Eine Bekanntmachung über die allgemeinen Bestimmungen der Wahlen wird am Sonnabend, den 19. September 1925, an den Säulen und am Sonntag, den 20. September 1925, im Gemeindeblatt erscheinen.

Für die Wucherzölle durch den Rundfunk.

Unser Rundfunk ist unparteiisch und unpolitisch — angeblich. Dieser Tage benützte Frau Mühsam-Becher, die Vorsitzende der „Zentrale der Berliner Hausfrauenvereine“ die Welle 505, um über das Thema „Teuerung“ zu sprechen. Die Zölle sind notwendig — die Herren Minister haben ihr das versichert. Die Zölle verteuern nicht die Lebensmittel. Das Getreide ist sogar billiger geworden — aus welchen Ursachen, sagt Frau Mühsam nicht. Vom 1. Oktober ab werde die Kohle sogar billiger werden und damit alle anderen Produkte. Indeß, die Teuerung ist da — damit müssen wir rechnen, sagt Frau Mühsam (also doch). Aber die Hausfrauenvereine werden es schaffen, man solle sich nur vertrauensvoll an sie wenden. Jede übertriebene Forderung der Zentrale melden. Diese werde die Anzeige sofort weiterleiten. Und die Spitzenorganisationen hätten ja ihren angeschlossenen Verbänden und Körperschaften ans Herz gelegt, dem Verlangen der Regierung zu folgen und die Preise herabzusetzen.

Dies die ganze Weisheit der Frau Mühsam-Becher. Gibt sich die gute Frau etwa dem Wahn hin, sie habe viel Gläubige gefunden? Und meint sie wirklich, die Hausfrauenvereine könnten die wirtschaftlichen Geleise korrigieren? Und wird die Berliner Rundfunkstunde auch eine gegenteilige Ansicht zum Wort kommen lassen?

Verwaltungsausschüsse bei den Bezirksjugendämtern.

Der § 9 der neuen Satzung für Wohlfahrtspflege der Stadt Berlin sieht die Bildung von Verwaltungsausschüssen vor. Bei jedem Bezirksamt muß hiernach ein Verwaltungsausschuss gebildet werden. Diesen Ausschüssen gehören u. a. an: sechs in der Jugendwohlfahrt erprobene Männer oder Frauen, die von den Jugendvereinen usw. vorzuschlagen sind. Es empfiehlt sich, die Vorschläge unserer Vereine dem zuständigen Bezirksjugendamt möglichst bald einzureichen, damit die gestellte Frist innegehalten wird. Die endgültige Wahl der Vorgesetzten erfolgt durch das Bezirksamt.

Jungsozialistische Arbeitswoche.

Die Jungsozialisten veranstalten vom 20. bis 26. September im Jugendheim Schloß Könnich eine Arbeitswoche mit dem Thema „Die ökonomischen und geistigen Grundlagen des Imperialismus“. Als Kursleiter sind die Genossen Max Adler-Wien und Otto Leichter-Wien gewonnen. Die Verteilungsgebühren einschließlich der Kosten für Uebernachtung und Verpflegung beträgt 25 Mk. Für gute Uebernachtung und reichliche Verpflegung ist gesorgt. Alle Teilnehmer treffen spätestens am Sonntag, dem 20. d. M., nachmittags, in Könnich ein. Anmeldungen können noch bei der Reichsleitung der Jungsozialisten, Berlin SW., Welle-Alliance-Platz 8, erfolgen.

Der am Hindenburg-Wahltag verübte Mordanschlag auf das Ehepaar Wachtel hat gestern sein zweites Opfer gefordert. Nach fünfmonatiger Krankheit ist die Ehefrau Wachtel gestern dem Folgen der erlittenen Schußverletzungen erlegen.

Wirtschaft

Vom 6. Bankiertag.

Der sechste allgemeine deutsche Bankiertag findet seit Montag in Berlin statt. Er ist von 1200 Vertretern des Bankgewerbes und befreundeten Organisationen besetzt. Am Begrüßungsabend ergriff u. a. auch Reichsbankpräsident Schaack das Wort, um die Kreditpolitik der Reichsbank zu verteidigen. Gestern begannen die sachlichen Beratungen mit einem groß angelegten Referat des Direktors Wassermann von der Deutschen Bank über die notwendigen Vorbedingungen für die Erfüllung der heutigen gesamtwirtschaftlichen Aufgaben des privaten Bankgewerbes. Aus dem Referat, das sich u. a. auch gegen die Steuerpolitik der Regierung wandte, heben wir folgende Darlegungen hervor:

Die augenblickliche Krise unseres Wirtschaftslebens ist weder eine Produktions- noch eine Konsumkrise, sondern eine reine Vertrauenskrise. Wir brauchen Kapital, als Ersatz für das Kapital, das wir verloren haben und das können wir nur durch langfristige Kredite aus dem Ausland erhalten. Das Ausland gab uns bisher kurzfristigen Kredit. Industrie und Handel in Deutschland sind verbankrotet, aber nicht überbankrotet. In der Kreditbeschaffung hat das Bankgewerbe das Beste geleistet, in der Kreditverteilung hat es sehr wesentliche Fehler gemacht. Trotzdem das Bankgewerbe der Wirtschaft sehr erhebliche Kredite verschafft hat, wird über Kreditmangel geklagt. Das ist zum Teil eine Folge davon, daß Kredit verlangt wird, wo Geschäftskapital notwendig wäre. Es ist nur möglich, ein Geschäft zu betreiben, mit dem notwendigen mobilen Kapital oder dadurch, daß man sich gegen Verpfändung Kapital besorgt oder endlich, daß man aus den Betriebsüberschüssen mobiles Kapital schafft. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß nicht bloß verlustbringende Betriebe eingeschränkt und stillgelegt werden, sondern daß auch lohnende Betriebe durch Konzentration einfacher werden, weil auf diese Weise Betriebskapital frei wird. Wenn über die teuren Bankbedingungen geklagt werde, so müsse doch berücksichtigt werden, daß seit Januar 1924 erhebliche Zinsverbilligungen erfolgt sind und dies war nur dadurch möglich, daß den Banken mehr fremdes Geld zufließen als bisher. Die Bankzinsen sind allerdings immer noch zu hoch. Das ist eine Folge der hohen Kosten der Banken und auch der Ueberziehung des Bankensystems. Aber auf den Warenpreisstand sind die Bankkreditbedingungen von untergeordneter Bedeutung. Die Banken müssen dem bargebliebenen Verleih die allergrößte Aufmerksamkeit zuwenden und sie müssen bei der Auswahl der Kreditnehmer aufs allergenueste nicht bloß die Bilanzunterlagen des Kreditnehmers, sondern das ganze Unternehmen ansehen.

Der Korreferent zu diesem Thema, Bankier Pfeiffer aus Kassel, beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Konkurrenz der öffentlichen Kreditanstalten im Bankwesen. Er trat für eine Beseitigung der Zerpfütterung ein und wünschte vor allem, daß die Personalkredite dieser Banken auf das allergeringste Maß beschränkt werden. In der Nachmittags Sitzung behandelte der Geschäftsinhaber der Diskonto-Gesellschaft Franz Urbig das Thema: „Die deutsche Währung vor und nach der Stabilisierung“. Er gab im Anfang einen historischen Rückblick und stellte als Ergebnis seiner Betrachtungen, die sich nicht immer von politisch einseitiger Einstellung nach rechts frei hielten, eine Reihe von Vorschlägen auf, wonach der Ausgleich unserer Devisenbilanz nicht durch ausländische Kredite, sondern durch eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz gesunden werden muß. Er ist der Ansicht, daß die Kreditbeschränkungen der Reichsbank in dem Mindestbedürfnis von Handel und Verleih ihrer natürlichen Grenze finden. Die zunehmende Verschuldung Europas an Amerika ist ein Währungsproblem von außerordentlicher Bedeutung. Von diesen Krediten müssen wir uns freimachen.

Der Korreferent der bekannte Währungsexperte Dr. Hahn, Direktor der Deutschen Effekten- und Wechselbank Frankfurt a. M., behandelte die Währungsfrage vom theoretischen Gesichtspunkt. Die übermäßige Ansammlung des Goldes in der Reichsbank, zu dessen Zinsaurierung wir nicht unbedingt verpflichtet sind und die Bergung des inneren Verkehrs stellt bei unserer Ummut einen unadäquaten Luxus dar. Währungsprobleme werden in dem Moment auftauchen, in dem wir wieder Zahlungen aus dem Dawes-Plan vornehmen müssen. Die Krise in Deutschland ist eine Folge davon, daß vielfach Unternehmen Inflationsszinen zu zahlen haben, ohne Inflationsergebnisse zu erzielen. Die augenblickliche Konjunktur stellt sich als ein Abschnitt der noch lange nicht beendeten Stabilisierungsperiode dar. Er fordert, daß die Reichsbank bei ihrer Kreditbeschränkungs politik bleiben möge.

Von der Resolution, die einstimmig angenommen wurde, interessierten nur diejenigen Teile, die sich mit dem Bankgewerbe selbst befassen. Dem Entschluß verlangt man den Abbau der Steuern und die Wiedereinführung des Bankgebührens. Das Bankgewerbe erkennt die Forderung als berechtigt an, daß bei der Währung von Krediten volkswirtschaftlich notwendige Zwecke stärker berücksichtigt werden müssen als volkswirtschaftlich entbehrliche. Die Schaffung von Finanzmitteln soll zurückgedrängt, die Ausfüllung ungedeckter Schecks beseitigt werden. Die Resolution enthält weiter einen Hinweis darauf, daß die Banken die sozialen Hemmnisse bei dem Abbau ihrer Beamten beseitigt wissen wollen. (1) Ueberdem wendet sich die Entschließung gegen die Konkurrenz der öffentlichen Banken.

Im ganzen ist also das Ergebnis des ersten Beratungstages nicht überwiegend. Neue Wege der Bankpolitik und der Einregung des Spar- und Kreditverkehrs wurden nicht gezeigt. Die Bankiers beschäufelten sich viel mehr mit dem Etat und mit ihrer Konkurrenz als mit den Aufgaben, auf deren Erfüllung die Volkswirtschaft wartet und zu deren Erfüllung die Banken berufen sind.

Konzernnöte und Trugstufungen.

Mit den Montanblockplänen im Ruhrgebiet befaßt sich in seiner Montag-Morgenausgabe das Kölner Zentrumblatt, dessen Handels- teil von jeder kritischer zur „Wirtschaft“ eingestellt ist, als die Politik des Zentrums. Für die Krise der Schmelzindustrie macht die „Kölnische Volkszeitung“ in erster Linie die „Konzernsumpe“ verantwortlich. Im einzelnen wird festgestellt, daß Krupp „infolge des verlorenen Krieges ganz natürlich einen außerordentlich schweren Stand“ habe.

„Wenn auch in Vorkriegszeiten tonnenmäßig Krupp mehr als die Hälfte seiner Erzeugung nicht als sogenanntes Kriegsgut untergebracht hat, so trifft doch zu, daß seine Gewinne damals tatsächlich mit Kriegsgut erzielt worden sind. Die Tonnen spielten dabei keine Rolle, sondern die Marktpreise. Weil Krupp mit Kriegsgut eine Monopolstellung einnahm, konnten dafür die Verkaufspreise ganz andere Gewinne enthalten, als vielleicht die vielen tausend Tonnen Stabstahl.“

Für die anderen an den Montanblockplänen beteiligten Konzerne (Thyssen, Phönix, Deutsch-Luxemburg, Rhein Stahl) wird als wesen-

PALMINE NUR ECHT IN TAFELPACKUNG MIT SCHRIFTZUG: **Dr. Schlimmer**
DAS REINE KOKOSFETT

Herbsttag.

Erinnerung von der Walze.

Von Joachim Günther.

Da standen wir nun auf der öden Straße, Paul riß sich während die Wägel ins Gesicht und dröhte mit der Faust hinüber zu dem veräucherten Torweg, über dem ein Firmenschild mit großen Messinglettern sich wichtig tat.

Da standen wir, ein kalter Wind trieb uns Staub und dürre Blätter ins Gesicht, schwere, graue Wolken jagten hastig über die fahlen, traurigen Häuser und ich schlug fröstelnd den Rockkragen in die Höhe; es war Herbst geworden. Wortlos gingen wir nebeneinander her, die Hände tief in den Taschen vergraben, jeder mit seinen trüben Gedanken sich plagend. Auch in uns war Herbst — aber nicht der frohe Herbst der Reife und Ernte, der Hoffnung auf neue Saat und neuen Frühling — nein Herbst, der der Vorbote des langen, bitteren Winters ist. Paul zog aus einer seiner unergündlichen Taschen ein Stück Brot und reichte mir die Hälfte, ich schüttelte traurig den Kopf. Paul lachte heiser und eifrig tausend sagte er: „Nimmst dich so mit, Kleiner? Laß man, der Mensch gewöhnt sich an alles. Ein bißchen Tuppeln ist ganz gesund.“

Ich antwortete nicht, in mir war es dunkle Nacht; und die Zukunft? Hart und kalt und düster wie die mittellose Straße, die in der Ferne im schmutzigen Qualme versank — da hatte man gearbeitet, sein Bestes eingesetzt, war müde und stumpf geworden, die Schultern lahm vom täglichen Joch, und nun stand man draußen im nachkalten Winde, fröstelnd und hoffnungslos. All das Bittere und Schwere, der stündliche Kampf um das armselige Leben, die endlosen Jahre freudlosen Ringens um ein bißchen lachenden Sonnenschein fanden wie ein finsternes Gebirge vor meiner Seele, die Tränen traten mir in die Augen, war diese öde, traurige Straße mit ihrem Schmutz und den erblindeten Fenstern nicht ein Spiegelbild meines Lebens, das sich irgendwo in der Ferne in mißfarbenem Qualm verlor.

„Du freiest, Kleiner,“ sagte Paul mitleidig und zog mich in ein kleines Restaurant, wie es hier in den Quartieren der Taubstummen gibt, ein schmaler, verräucherter Raum mit gelben Stühlen und weißgeschuerten Tischen, im Hintergrunde der Schenke mit vernickelten Bierhähnen und das Regal voller Flaschen, seitwärts der Gastkasten, in dem Brotheringe und Mettwürste auf Liebhaber warten, eine zerlesene Zeitung, ein uraltes, vergilbtes Drehbuch und die Reklameplakate von Brauereien und Schnapsfabriken. „Prost, Kleiner! Auf bessere Zeiten!“ Paul warf sein letztes Geldstück kirschend auf die Theke, seine Augen glänzten, der Schweiß stand ihm in dicken Tropfen auf der Stirn und als wir wieder ins Freie traten, schwankte er so, daß ich ihn halten mußte, aber auch mir waren die paar Tropfen Alkohol in den Kopf gestiegen; man konnte eben nichts mehr vertragen.

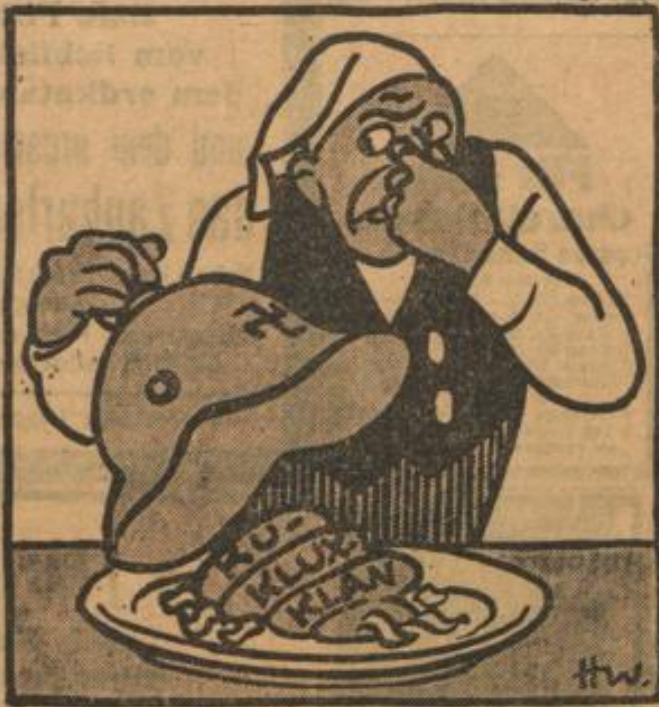
Planlos stolperten wir weiter; ganz gleich, wo wir landeten. Wir hatten kein Zuhause und niemand, der auf uns wartete. Paul redete unaufhörlich und gestikulerte wild mit den Armen, er schimpfte auf alles und jedes, auf Gott, die Welt und die Menschen, er fluchte und wetterte, schmiedete blutige Rachepläne gegen unsere bisherigen Brotherken, der übrigens wirklich ein Lump war, hatte die tollsten Einfälle, um schnell zu Geld zu kommen und scheute dabei nicht vor Mord und Brandstiftung zurück, zwischendurch sang er mit schriller Stimme irgendein müßes Wagnislied, das er von einem Tuppelbruder gelernt hatte, ich kannte ihn nicht wieder, meinen sonst so biederen, ruhigen Gefährten, mit Schreden sah ich Abgründe in ihm sich aufbauen, von denen ich nie etwas geahnt hatte, und unwillkürlich ließ ich seinen Arm los.

Wir gingen jetzt zwischen elenden Bretterzäunen dahin, zwischen Holzhäfen, Kohlenplätzen, Weisen- und Lumpenhandlungen, bauwürdigen, schmutzigen Baracken, vor denen lebensscheintige, zerrissene Wäsche im Winde schaukelte und verlumpte Kinder in Scherben und Schmutz herumwühlten, aus den Balken lugte die Sonne und schickte wohlthuende Wärme auf uns herab, vor uns lag mit grünen Bäumen, kleinen Gärten mit bunten Asten und wie zufällig hin-

gestreuten Blüten in herbstlicher, klarer Bläue die große, dröhnende, hinter uns mit ihrem Glend und ihrer Enge die große, dröhnende, rauchige Stadt, mir ging das Herz auf, so sorgenvoll ich auch war, gierig sog ich die herrliche Luft ein. Das war der Herbst der Reife, der Erfüllung, er barg köstliche Frühlingsahnung.

Paul sah mich mißtrauisch und böse an. „Du phantasierst wohl wieder, Kleiner? Hast du Geld? Weißt du, wo du heute nacht schlafen wirst? Hast du einen Platz? Natürlich nicht! Wirst es

Eine faule Sache.



Es stinkt, Michel, geh die Käseglode wieder drauf!

heute müssen! Ist übrigens leichter als man denkt, es lernt sich alles, Kleiner.“

Er warf sich am Straßenrand ins staubige Gras, blinzelte mit müden Augen träge in die Sonne und lachte mich frech-behaglich an: „Wirst das Stehlen noch heute lernen, paß auf, es ist das Schlechteste noch nicht, nur Notwehr, nur Notwehr, er hat zu viel, du hast zu wenig, was ist dabei.“ Ich drehte mich um, das Weinen war mir nahe, nun hatte ich noch das Letzte, meinen Gefährten, verloren. Ich konnte nicht so, wie er, er schlief und schnarchte dabei, so friedlich, als ob keine Sorge, kein böser Gedanke in ihm Platz hätte.

Leise schob ich ihm meinen letzten Groschen in die Rocktasche und schlich mich davon, mit müden Füßen und wundem Herzen zurück in die große, rauchige Stadt, zurück in den Herbst, der keine Hoffnung konnte und der ein mürrischer Vorbote war des bitteren, endlosen Winters.

Eine Londoner Untergrundbahn für Güterbeförderung. Das Projekt, mit einem Kostenaufwand von rund 640 Millionen Mark in London eine Untergrundbahn zur Güterbeförderung anzulegen, scheint im nächsten Jahre ausgeführt werden zu können. Die unterirdische Eisenbahnlinie wird doppelgleisig und normalspurig ausgebaut werden, damit darauf die Wagen der Eisenbahngesellschaften verkehren können. Zunächst sollen zwei Hauptstränge mit einer Zentralrangierstation fertiggestellt werden.

Das „Wunder“ von Nagyszakacsi.

Von Kurt Hildebrandt.

Seit einiger Zeit beschäftigt das „Wunder“ von Nagyszakacsi die Öffentlichkeit. Nun kommt gar die Nachricht, daß die Einwohner des Ortes eine Massenpetition zu ihrem Abgeordneten ins Parlament nach Budapest geschickt haben, um ihn aufzufordern, bei der Regierung Verständnis für das „Wunder“ zu wecken.

Mit dem „Wunder“ von Nagyszakacsi verhält sich's so: Eines Abends sind die Einwohner von Nagyszakacsi mit Erntearbeiten auf dem Felde beschäftigt. Da glauben zwei Hirtenmädchen unter einer nahen Brücke ein Leuchten zu sehen und darin die Mutter Gottes zu erkennen. Laut verkünden sie ihre Entdeckung den Arbeitenden, und nun sehen alle das Wunder. Die Arbeit wird fortgesetzt und nach wenigen Augenblicken trübt die ganze Einwohnerschaft fingen und betend vor der Brücke. Als der Polizeigewaltige und der Pfarrer des Ortes nicht an das Wunder glauben und nichts Ursprüngliches an der Brücke erkennen, trifft sie der Fluch der beiden Mädchen, und während beide plaudernd nach Hause gehen, bringt nichts die sanftmütige Menge von der Ueberzeugung ab, daß die beiden Ungläubigen durch den Fluch stumm gemordet seien. Die weltlichen und kirchlichen Behörden untersuchen die Sache und erklären sie für Schwärze, ohne damit den Wunderglauben der Ortsbewohner und der nimmehr von weit und breit herbeieilenden Wallfahrer irgendwie zu beeinflussen.

Wir können den Behörden dieses Mal glauben, die Mutter Gottes sieht nicht unter der Brücke von Nagyszakacsi, genau so wenig wie der heilige Georg auf den Zinnen Jerusalems stand, als ihn die Kreuzfahrer sahen. In beiden Fällen tritt uns nur die der Massenpsychologie längst bekannte Tatsache der außerordentlichen Suggestibilität der Massen recht deutlich vor Augen. Ein kurzer Ueberblick über die Grundlehren der Massenpsychologie wird auch das „Wunder“ von Nagyszakacsi des letzten Romsus entstellen.

Einschneidende Veränderungen gehen in der Seele des einzelnen vor sich, wenn er in eine Menschenmenge hineingestellt wird. Sie lassen sich im wesentlichen auf drei Grundtatsachen zurückführen, auf eine Senkung der Verstandesleistung, die mit einer Umwertung der Sinnesstätigkeit verbunden ist, eine oft ungeheuerliche Steigerung der Gefühlserregung und eine harte Erhöhung der Suggestibilität, d. h. eine Schwächung der Widerstandskraft gegenüber der Beeinflussung. Alle drei Veränderungen stehen natürlich in engstem Zusammenhange miteinander.

Die Umwertung der Sinnesstätigkeit, die Herabsetzung der Verstandesleistung und die Steigerung der Gefühle geben dem Wort von der „stimmlosen Masse“ seine tiefe Berechtigung. Wir alle kennen das Bild der erregten Wählerversammlungen. Wenn gelegentlich Bierseidel und Stuhlbeine die geistigen Argumente ersetzen und zu „schlagenden“ Beweisen werden, so trägt eben jene nur innerhalb der Masse mögliche Steigerung der Wut die Schuld. Oft genug werden wir diese Massen in Händen von Leuten finden, die sonst, sobald sie allein oder im engen Kreise sind, als durchaus besonnen und ruhig gelten. Wenn schließlich in der entstehenden Schlägerei die Betroffenen keinen Schmerz empfinden, dann zeigt sich darin die in Massen oft beobachtete Betäubung der Schmerzempfindungen. Wie weit die Schmerzempfindungen in der Masse ausgeschaltet werden, zeigen ja auch die zahlreichen Kriegsverletzten, die in der Hitze der Erregung des Angriffs ihre Verbundenheit oft auf längere Zeit nicht bemerken, während die gleiche Verletzung zu anderer Zeit heftigste Schmerzen verursacht hätte.

Auch das „Wunder“ von Nagyszakacsi findet in solchen Erscheinungen seine Erklärung. Die religiöse Erregung der beiden Hirtenmädchen teilte sich leicht der Masse der versammelten Einwohner mit, die suggestiven Berichte vom Gesehenen fielen auf aufnahmefähigen Boden.

Die weitgehende Aufgabe der Selbständigkeit in der Masse mag bedauert werden oder nicht. Sie ist Ergebnis einer langen Entwicklung. Wie sollte auch ohne sie ein Zusammenleben der Menschen überhaupt möglich sein?

Zahlreiche Fragen haben wir an die Massenpsychologie zu richten. Sie harren noch ihrer Beantwortung. Am schwersten wiegt wohl die nach der Möglichkeit des Schutzes der Masse gegen den Mißbrauch durch falsche Führer. Unzweifelhaft ist es daneben, daß die Agitation nur durch Ausnutzung der Lehren dieser Wissenschaft fruchtbar gestaltet werden kann.

Bizewirts hätten nicht nur zur Anklage, sondern auch zur Verurteilung genügt.

Jeder Mensch, selbst die eigenen Genossen hätten geglaubt, daß ich der Abfender bin. Das Mißtrauen des Bizewirts hatte einen teuflischen Plan zu Wasser gemacht. Ich legte den Zettel und Platons Mittelungen zu meiner Sammlung in meinen bei allen Hausfuchungen als sicher erwiesenen Tresor eigener Erfindung. Wieder wurde ich alleseitig zur doppelten Vorsicht ermahnt.

Daß es Leuten gegenüber, die mit allen Nachmitteln und einem robusten Gewissen ausgestattet waren, überhaupt einen Schutz nicht gibt, sollte ich sehr bald erfahren.

Die Verhaftung.

Am 6. Januar wurde mir der dritte Junge geboren. Am 8. stand die Geburtsanzeige im Berliner Volksblatt. Am 9. Januar gegen Abend erschien der Kriminalbeamte mit dem Spitznamen „Blattschneef“ in meiner Wohnung. Er setzte ein sehr freundliches Gesicht auf und gebrauchte die verbindlichen Worte: „Der Herr Polizeikommissar des Reviers liehen mich bitten, mit ihm aufs Revier zu kommen.“

„Mit Ihnen?“ fragte ich gedehnt. Der Beauftragte suchte nach Worten. Ich entthob ihn dieser Mühe und sagte: „Ich geniere mich übrigens auch nicht mit Ihnen zu gehen.“

„Ach,“ meinte der Beamte ausweichend, „es ist wohl wegen Ihres Wandergewerbescheins.“

„So,“ entgegnete ich, „dann darf ich wohl die Hausschuhe anbehalten?“

„Aber gewiß,“ versicherte er eifrig. Und — wir machten uns auf den Weg zur Polizeiwache nach der Remeler Straße. Unterwegs suchte der Beamte ein Gespräch anzuknüpfen. „Lohnt sich denn der Wandergewerbeschein? Er kostet doch eine Menge Steuer.“

Ranu, dachte ich, wieder ein Probepfeil, haben die noch nicht genug und antwortete einfüßig: „Ich danke für gütige Nachfrage.“ Mein Begleiter fuhr fort: „Frau und fünf Kinder zu ernähren ist heute nicht leicht.“

„Eins ist tot. Es sind nur noch vier,“ entgegnete ich und legte faktisch hinzu: „Ich denke, je mehr Kinder, je mehr Segen.“

„Freilich, freilich,“ bestätigte eifrig der Beamte, „mit Gottes Hilfe kommt man immer wieder vorwärts.“

„Wissen Sie, ich war mal sehr fromm, aber geholfen hat mir kein Gott, wenn ich mir nicht selbst geholfen hätte.“

„Sagen Sie das nicht,“ war seine Entgegnung, „so habe ich auch einmal geredet. Aber im Schlachtengelimmel des siebziger Krieges habe ich wieder zu Gott beten gelernt.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Hochverräter.

Erinnerungen aus schweren Tagen.

Von Adolph Hoffmann.

Greif niemals in ein Wespennest,
Doch wenn du greiffst, dann greife fest.

Stört man ein Wespennest auf, so schwärmen die gestörten Insekten in weitem Bogen um den Störenfried, um sich dann gemeinschaftlich auf ihn zu stürzen. Dieses Verfahren ist aber nicht nur bei Wespen üblich, sondern auch Menschen, besonders solche vom lichtscheuen Gemerbe, machen es ähnlich. Nur nicht im ehrlichen Angriff, sondern meist hinterlistig und heimtückisch.

Nach der Weimarer-Affäre war es merkwürdig still im Blätterwald der Puttkamerischen politischen Polizei geworden. Wohl erfolgten einige Ausweisungen. Darunter auch die Wilhelm Grothes. Der Galanteriewarenhändler und ich blieben unbehindert. Grothes Abschiedsworte, als er nach Halle ging, waren: „Sieh dich vor, die planen gegen dich was ganz Besonderes.“

Vorbereitungen zur Revanche.

Daß Grothe recht hatte und etwas im Gange war, sollte ich bald erfahren.

Der Bestimmungsfreund Robert Platon, ein Großkaufmann, der allen älteren Parteigenossen des ehemaligen vierten Wahlkreises, besonders des Bezirks Osten gut bekannt war, schrieb an mich im Sommer 1884 aus dem Bade einen Brief, in dem er anfragte, ob ich mich in einer Wohnung Barnimstraße nach seiner Bobeadresse erkundigt habe. Ich antwortete mit nein und bat um Aufklärung. Bei Platons Rückkehr wurde mir dies.

In dem Hause, in dem er wohnte, war beim Bizewirt ein etwa zehnjähriger Junge mit einem mit Bleistift geschriebenen Zettel erschienen, auf dem stand:

„Werter Herr! Bitte um gefällige Angabe der Bobeadresse des Herrn Robert Platon, da ich ihm etwas nachzusenden habe, was ich nur selbst abschicken kann.“

Adolph Hoffmann,
In der Ostbahn 18.

Der Bizewirt war, da er in den letzten Tagen von vielen Einbrüchen gelesen hatte, mißtrauisch und glaubte, Spitzbuben wollten ausbaldowern, ob Platon mit Familie schon zurück sei. Als der Junge auf die Antwort des Bizewirts, er wüßte die Adresse nicht und glaube, Herr Platon käme heute oder morgen zurück, den Zettel retour verlangte, stieg sein Mißtrauen und er fragte prüfend warum.

Der Junge logte: „Sie sollten die Adresse drauß schreiben oder ich den Zettel so wieder mitbringen.“ Auf die Antwort: „Den Zettel behalte ich!“ trollte der Junge ab.

Als der Bize sah, daß der Bengel, statt in der Richtung nach dem Ostbahnhof den Weg nach der Bartholomäuskirche einschlug, war er fest überzeugt, es mit einem Auktionshändler von Einbrechern zu tun zu haben, sprang resolut hinterher, sah die Jungen am Arm und ging mit ihm zum Polizeibureau Landsberger Tor, wo er den aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit „rühmlich“ bekannten Polizeihauptmann Hoppe seine Beobachtungen mitteilte.

Dieser ließ den Jungen hart an, die Wahrheit zu sagen, worauf er schließlich gestand, den Zettel von seinem Onkel — Springer war, wenn ich nicht sehr irre, der Name — Greifswalder Straße, erhalten zu haben. Nach Nennung dieses Namens sagte der Polizeiwachmeister zum Hauptmann Hoppe mit vieljüngendem Blick: „Springer? Abteilung 1.“

„Ach so,“ meinte Hoppe gedehnt und zum Bizewirt sich wendend. „Na, dann gehen Sie man ruhig nach Hause. Es ist alles in Ordnung, Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen.“

„Und du,“ wendete er sich an den Jungen, „mache, daß du zu deinem Onkel kommst.“

Beide verließen das Polizeibureau.

Der Bizewirt, der keine Ahnung von der Bedeutung der Abteilung 1 hatte, war von seinem Mißtrauen nun erst recht nicht kuriert und erklärte dem Jungen: „Ich gehe mit zu deinem Onkel.“

Vor der Wohnungstür angekommen, las er auf dem Türschild unter dem Namen das Wort Kriminalbeamter. Die Sache wurde ihm immer verwickelter. Er klingelte. Ein Mann in Hemdsärmeln öffnete, Stiefel pudend. Der Bizewirt fragte, ob der Junge sein Reife sei. Das wurde bejaht mit der Frage: „Was hat der Bengel wieder angestrichelt?“

Auf die Antwort: der Junge behauptet, von seinem Onkel einen Zettel erhalten zu haben, auf welchem sich ein Adolph Hoffmann nach der Bobeadresse des Kaufmanns Robert Platon erkundigt, verabreichte der Kriminalbeamte dem Jungen ein Kopfstück, und warf mit den wütenden Worten: „Insamer Bengel, wie kannst du so schwindeln,“ den Jungen in die Wohnung und schlug dem erstaunten Bizewirt die Tür vor der Nase zu.

Dieser setzte sich noch am gleichen Tage hin und schrieb an Platon, was Platon mir nach seiner Rückkehr mitteilte.

In der Corpora, wo die Sache zur Sprache kam, war man allgemein meiner Ansicht, daß hier die Vorbereitungen zu einem Raubhoft für den Weimarerischen Reinfall geschaffen werden sollten.

Es war ja so leicht zu durchschauen. Hatte man Platons Bobeadresse, so würde man ihm dem Zücher „Sozialdemokrat“ und andere verbotene Schriften gelandt haben, die dann bei der Antunft beschlagnahmt worden wären. — Zettel und Zeugnis des

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
7 1/2 Uhr: HANNULET

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der tolle Krieger
Opernhaus
am Königsplatz
Geschlossen

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Die gr. Katharina
— Der Bär

Schiller-Theater
8 Uhr: Jungfrau von Orléans

Deutsches Theater
8 Uhr
Man kann nie wissen
Kammerstücke
8 Uhr
Die Welt ist der Anständigkeit
von Pirandello
Billigste Platz 4.00
Teuerster 17.00

Die Komödie
Karlstadtstr. 206/207
8 1/2 Uhr

Herz ist Trumpf
Berliner Theater
8 Uhr

Castspiel
Kammerstück
er **Rich. Tauber**
Musik Leitung: E. V. Jürgens

Eine Nacht in Venedig
Operette in 3 Akte
von **Johann Strauß**
Neues Theater
Täglich 8 Uhr.

Olly-Polly
Operette von Kollo
Emmy Sturm
Curt Bois
Parkett v. 2.—17 M

Deutsches Künstler-Theater
Täglich 8 Uhr
Gastspiel
Fritzi Massary

Die Teresina
Lustspielhaus
Täglich 8 Uhr
Bitter Blaubarts achte Frau

Th. an Schiffbauerdamm
Heute 7 1/2, Premiere
Lady Mary und
die Dienstbotenfrage

Wallner-Theater
Täglich 8 Uhr
Meiseken

SOVA
8 Uhr
Internat. Varieté
Täglich 8 1/2, Uhr
5. Woche
HALLER REVUE
1925/26
„ACHTUNG!
WELLE
505!“

THEATER IM ADRIAN-PALAST
Mark 2.— bis 16.—

Residenz-Th.
8. Jugendfreunde
Bocklin, Dewig,
Emmerling, Elzer,
Bauer, Jy, Hebbel,
Sabo, Semmler

Thalia-Th.
8 Uhr: Annemarie
Besselt, Diegelmann,
Heldmann, Dora,
Reisika, Witten

Theater in der Kommandantenstr.
Zum 285. Male
8 Uhr:
Marie Escher a G
in
Antipopee v. Dessau
Operette von
Kob. Winterberg

Elite-Sänger
Kollwitz Str. 6 - Tel. 10677.
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm.
8 Uhr (zu halben Preisen)
die konkurrenzlose Revue:
Berlin... da klecksel!
(Vorkauf: 11-1, und 5-4 Uhr.)

ALUNA
PARK Täglich
Voller Betrieb!
Sonderabend: Fridolin-Fest

Circus Busch
Berlin-Bahnhof Strasse 540

Heute, Mittwoch, 7 1/2
Gala-Eröffnung

Die seltsamen
Circus-Sensationen
Das
Seil des Todes



Die tollkühnen Künstler
müssen die Bahn durchfahren
und während der Fahrt durch
Revolvergeschüsse die hochge-
zogenen Brückensteile zum
Herunterfallen bringen.

Eine kühne Leistung
von unbeschreiblicher Wirkung.

Flieg. Künstler Mirano
am flieg. Terpede
innerhalb des Circuszuges

Die italien. Clowns
Fratellini
Ostave Colombe Maximo

Der berühmte russische
Clown Durow
mit seinen exzentr. Dressuren, u.a.
Der Fuchs u. d. Hahn —
Die Katze u. d. Bär —
Im Flugsong — Der kleine
als Kunstsch. — Der
Wildhase als Trommler

Die russ. en
Brauerpferde

Hohe Schule
auf Gladiatur.
Frl. Mariha Mohrke

Zum Schluss: Das zeitgemäße
Rheinland-Festspiel:
1000 Jahre
deutscher
Rhein

Lustige und ernste Bilder
in bunter Reihenfolge, u. a.
Der Karneval in Köln — Am
Loreley-Felsen — Worms am
Rhein — Nur am Rhein, da mäch-
lich leben — Die Rheinflechter
verteidigen das Rheingold

Große Schluß-
Wasser-Apotheose
Auf dem Grunde des Rheines
Herrliche Feenhafte
Wasser-Effekte Lichtspiele

Die volkstümlichen Busch-Preise
80 s bis 8 A.
einchl. Lustbarkeitssteuer,
die jeder erschwingen kann!

Vorkauf ab 10 Uhr ununterbroch.
u. d. Circuscasse sowie Wertheim.

Reichshallen-Theater
Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sängerk
Nachm. halbe Preise,
volles Abend-Programm

Dönhoff-Brettli:
(Saal und Orchester)
Das beliebte Familienvariété

RIESEN CIRCUS
KRONE

Lichtschauer Allee — Kochbeek, Dampfer Str.
Nur noch 6 Tage
Täglich 8
abends 8 Uhr Sonntag 4
Gigantische
Circus-Spiele
Neu: Circus-Reunbahn
Preise, nur Sitzplätze, von 1,30 an

Zoo
300 exot. Tiere, Indianerdorf
täglich von 10-7 geöffnet.
Konz.: 2 Kapell., Rauschierf. 110, verm.

Komische Oper
U. Dir.: James Klein u. U.
Europas meist gespielte
u. somit erfolg. Revue:
400
Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

WINTERGARTEN
TARZAN
das amerikanische Original
im 1-Bildschirm-System
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise!
Rauchen gestattet

Für Dich
Charell-Revue
Grosses Schauspielhaus
Täglich 8 1/2, Uhr.
Parkett Mk. 5.— 3. Rang
Balkon Mk. 4.—
1. Rang Mk. 3.—
2. Rang Mk. 2.—
7. Rang Mk. 1.50
Loren u. Kinosaal Mk. 7.—12
— Vorkauf nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise!
— Nordsee 1925.
Sonntags 2 Vorstellungen
8 Uhr Nachmittags-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.

Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma
Rahma

In jeder Speise
und in jedem Brotaufstrich
kommen die großen Vorzüge der
„Rahma buttergleich“:

Ihr reicher Fettgehalt
Ihr hoher Nährwert
Ihr feiner Buttergeschmack
Ihre erstaunliche Billigkeit

zur vollen Geltung.

Darum verwenden Millionen erfahrener
und sparsamer Hausfrauen statt der teuren
Butter zum Kochen, Braten, Baden wie
zum Brotaufstrich nur noch
„Rahma Margarine buttergleich“.

Es lohnt sich!
1/2 Pfund nur 50 Pfennig.



Rahma
MARGARINE
buttergleich

Einbergeitung „Der kleine Coco“ oder die Zeitung „Zige“ gratis

Sonnabend, den 19. September, geschlossen.

Keine Massenwaren
Nur Qualitäten • Reklamepreise

Auch für stärkste Figuren in allen Abteilungen
in dieser Woche:

Plüsch- und Pelzmäntel

Selbstopfgeschmütel	120.—	85.—
Krimmermäntel mit Seidenglanz	72.—	54.—
Uster mit Polzboasiz	55.—	38.—
Kostüm	15.—	10.—
Pelzmäntel	875.—	649.—
Astrachanmäntel	84.—	33.—
Oberischaf. Kleider	55.—	38.—
Sechsfisch-Koo!umo	52.—	31.—

Sealpflüschmäntel das
185.— 149.— 120.—
Backfisch-Üster 10% - Modelle
95.— 60.— 42.—

Extra-Abtlg: Frauermagazin.

Westmann
Mohrenstr. 37a • Str. Frankfurterstr. 116

URANIA Tauben-
straße 48

Ab Freitag, den 18. September
Täglich 5 und 7 Uhr:

Filmvortrag
Oberingenieur Dreyer-Hannover
Gluten am Nordpol

Film der Döring-Film-Werke, Hannover

Eine Filmsymphonie
vom lieblichen Norwegen,
dem erdkatastrophalen Island
und dem urgewaltigen Spitzbergen,
das Zauberland ewigen Eises

Neue, klare Trickfilme astronomischer und
geologischer Natur.

Dieses neue Filmwerk Oberingenieur Dreyers
übertrifft selbst seinen „Columbus-Film“.

Vorverkauf: Urania-Kasse und Wertheim.

Keine Massenwaren
Nur Qualitäten • Reklamepreise

Auch für stärkste Figuren in allen Abteilungen
in dieser Woche:

Plüsch- und Pelzmäntel

Selbstopfgeschmütel	120.—	85.—
Krimmermäntel mit Seidenglanz	72.—	54.—
Uster mit Polzboasiz	55.—	38.—
Kostüm	15.—	10.—
Pelzmäntel	875.—	649.—
Astrachanmäntel	84.—	33.—
Oberischaf. Kleider	55.—	38.—
Sechsfisch-Koo!umo	52.—	31.—

Sealpflüschmäntel das
185.— 149.— 120.—
Backfisch-Üster 10% - Modelle
95.— 60.— 42.—

Extra-Abtlg: Frauermagazin.

Westmann
Mohrenstr. 37a • Str. Frankfurterstr. 116

Keine Massenwaren
Nur Qualitäten • Reklamepreise

Auch für stärkste Figuren in allen Abteilungen
in dieser Woche:

Plüsch- und Pelzmäntel

Selbstopfgeschmütel	120.—	85.—
Krimmermäntel mit Seidenglanz	72.—	54.—
Uster mit Polzboasiz	55.—	38.—
Kostüm	15.—	10.—
Pelzmäntel	875.—	649.—
Astrachanmäntel	84.—	33.—
Oberischaf. Kleider	55.—	38.—
Sechsfisch-Koo!umo	52.—	31.—

Sealpflüschmäntel das
185.— 149.— 120.—
Backfisch-Üster 10% - Modelle
95.— 60.— 42.—

Extra-Abtlg: Frauermagazin.

Westmann
Mohrenstr. 37a • Str. Frankfurterstr. 116

WIEN BERLIN

Jägerstraße 53a
Täglich 8 Uhr:
ant. Leit. u. Komponist
Erich Ziegler

Es lebe die Liebe
Eise Hüttcher, Berl. Theater.
Eugen Rex u. andere.

Sonntag 4 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
mit Eugen Rex.

Berlins größtes Bier-Kabarett.
Kalte und warme Küche.

WALHALLA

7 1/2 Uhr: Die lustige Heron
Mal was anderes
mit Ludo Werkmeister - Agel Wills
Lamberts - Jansen - Seb. 1925 rev.
Prin 8.10-4.30. Vorkauf 11.12.25.26.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Wagen- und Karofflerarbeiter.

Freitag, den 18. September, nach-
mittags 5 Uhr, im Verbandshaus,
Clinkenstr. 53/55:

Vollversammlung
Tagesordnung: 1. Stellungnahme
zu unserer Bewegung 2. Diskussion.
Ohne Mitgliedsbuch der freien Gewerkschaft kein Zutritt.
Die Vertrauensleute werden gebeten
eine halbe Stunde früher zu erscheinen.

Wichtig! Funktionäre Wichtig!
Am Donnerstag, den 17. Sep-
tember, finden in den bekannten Sälen
die „Branchen-Vertrauensmänner-
konferenzen“ statt.
Die Vertrauensmänner-Konferenz
der Metallarbeiter und Berufsgenossen
findet in diesem Monat nicht statt.
115/9 Die Ortsverwaltung.

Am 18. September verlobt nach
langem schweren Leiden mein lieber
Waim und guter Vater, der Rentier:
Robert Davids
Dies zeigt sich betrifft an
Berta Davids,
Germann Davids.

Einführung Donnerstag, 17. Sep-
tember, abends 7 Uhr, im Krem-
atorium Baumhülfenweg, Reichshofstr.
Kranzenden dankend erwidern.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme
anlässlich d. Beerdigung meines lieben
Vaters guten Vaters und Großvaters
Emil Freygang
legen wir offen Bestätigung unserer
herzlichsten Dank! Insbesondere dem
Herrn Redner für die trefflichen
Worte am Grabe des Großvaters.
Marie Freygang und Tochter,
Kranzlin, Leipzig 18.

Bezirksverband Berlin SPD.
Unseren alten Parteimitgliedern, dem
Genossen
August Pohl
Raumstr. 30 zum 70. Geburts-
tage die herzlichsten Glück-
wünsche. Die 2. Abteilung.

Adolf Hoffmann
Episoden und
Zwischenrufe
aus der Variations- und
Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Preis 5 Pfennig.
Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.

Von der Rose zurück
San.-Rat Dr. B. Marcuse
Privatambulanz Marsfeldstr. 23

Neu! **Gänsefedern**
Willy Manjeuffel, Neutrobin
(Oderbr.) Gänsefedernfabrik

Berliner Elektriker-
Genossenschaft
angehört dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Eisbasser Str. 66-68
Fernsprecher: Norden 1108
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Platzburg 9531
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen • Verkauf aller
elektrischer Bedarfsmittel •
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Der gute Kapitän-
Kautabak ist in den meisten Dörfern
und Städten erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3961

KINDER-
Wannen, Tische, Boxen,
Wagen, Stühle, Betten.
OPP & JOSEPH
Potsdamer Straße 122